

Ankleben!

Ankleben!

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Mittwoch außer Sonn- und Feiertagen. Abonnementspreis: 12 Pf. monatlich 2,40 Mark, durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zahlungsurteil. Verleger: KPD-Bezirksorganisationsrat Halle, Vertriebsstelle: 14, Fernruf: 210 45 (Rück), 210 47 (Vorlage).

Wird von den Arbeiter-Parteien
Der Rote Stern

Abonnementpreis: 15 Pf. für drei Monate und 50 Pf. für ein Jahr. Postfach 264 71, Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft, m. b. H., Halle, Postfach 264 71, Halle, Vertriebsstelle für den Bezirk: Ernst Scheller, Berlin.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, 18. Dezember 1930

10. Jahrgang • Nr. 296

Feinde des Volkes

Sind die faschistische Brüning-Diktatur und ihre Flügelparteien, SPD. und NSDAP.! Hier der Beweis:

Der Reichstag hat sich selbst den Totenschein ausgestellt. Seine letzte Tat war die Anerkennung der faschistischen Diktatur Brüning-Hindenburgs, waren Raubzüge gegen die Millionen der Verelendeten und Millionen-geschenke an die Volksausplünderer.

Die faschistische Diktatur ist Hunger und Unterdrückung für die Arbeitenden und Verelendeten, maßlose Bereicherung der Besitzenden, der Ausbeuter. Träger und Helfer der faschistischen Diktatur sind alle Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten.

Nazis: Alles für die Millionäre, die Armen sollen zahlen

Am 9. Dezember vertrat im Reichstag die Kommunistische Partei den Willen der Massen: „Die Reichen sollen zahlen!“ Die KPD. forderte eine Sondersteuer von 20 Prozent für Millionäre, eine Steuer von 20 Prozent auf sämtliche Dividenden, eine Sondersteuer von 20 Prozent für sämtliche Aufsichtsratsanteile, eine Sondersteuer von 20 Prozent auf alle großen Einkommen über 50 000 Mark.

Gegen alle diese Anträge stimmten die Nationalsozialisten. Die Sozialdemokratie hatte im Ausschuss ebenfalls gegen diese Anträge gestimmt, der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD., hatte die Anträge am 3. Oktober als „eine Verhöhnung des arbeitenden Volkes“ bezeichnet.

SPD.: Erwerbslose brauchen keine Winterbeihilfe

Am 12. Dezember standen im Reichstag die kommunistischen Anträge auf Gewährung einer Winterbeihilfe für die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner, Altersinvaliden und Kriegssopler zur Abstimmung. Die Kommunisten verlangten in ihren Anträgen, die in wichtiger Rede von dem Abgeordneten Schulte-Düsseldorf begründet wurden, daß jedem Hauptunterstützungsempfänger 40 Mark, jedem Unterhaltungsberechtigten 12 Mark und den Empfängern von Waisenrente ebenfalls 12 Mark aus Mitteln des Reichs als Winterbeihilfe ausbezahlt werden sollen.

Diese Anträge wurden in namentlicher Abstimmung mit 284 Stimmen der Sozialdemokraten und der Brüning-Parteien gegen 183 Stimmen abgelehnt. Die Stimmen der Sozialdemokraten gaben den Ausschlag für die Ablehnung. In Thüringen, wo die Nationalsozialisten an der Macht sind, haben sie die Winterbeihilfe abgelehnt, ebenso in Halle.

SPD. und Nazis: Gehaltsabbau auch für untere Beamte, Riesenpensionen für Minister und Generale

Die mit den Stimmen der SPD. angenommene Diktaturverordnung raubt ab 1. Februar allen Beamten des Staates und der Gemeinden, den Soldaten und

Schupobeamten 6 Prozent ihres Lohnes. In Thüringen und Braunschweig führen die Nazis den gleichen Gehaltsabbau durch. SPD. und Nazis stimmten im Reichstag gemeinsam gegen den kommunistischen Antrag, die Gehälter der oberen Beamten auf 8000 Mark und die Riesenpensionen der Minister, Offiziere usw. auf 6000 Mark herabzusetzen.

SPD. und Zentrum rauben den Hungernden das billige Fleisch

Im Reichstagsausschuß war ein kommunistischer Antrag auf Verbilligung von Fleisch für die hungernden Massen angenommen worden. In der letzten Sitzung des Reichstages, am 12. Dezember, verhinderte Sozialdemokrat Paul Löbe die Beratung und Annahme dieses Antrages. Auf seine Aufforderung hin erhob das „christliche“ Zentrum gegen die Beratung Widerspruch.

SPD., Nazis und Zentrum sind für Lohnraub

Die SPD.-Bürokratie hat den Mansfeld-Streik und den Berliner Metallarbeiterstreik erdolcht, sie hat für Mansfeld neuen Lohnabbau mit der Diktation vereinbart und den Kampf der Leuna-Arbeiter erwürgt. Die Nazis stellen Streikbrecher, die Zentrumsminister fällen Lohnabbauentscheidungen.

Preisabbauschwindel ist Betrug an den Arbeitern und Bauern

Die SPD. betrügt gemeinsam mit der Brüning-Regierung das arbeitende Volk durch den Schwindel vom „Preisabbau“. Die SPD. will mit ihrem Preisabbauschwindel die Arbeiter gegen die Kleingewerbetreibenden hetzen, um das Trustkapital zu schonen. Die SPD. hat für die Erhöhung der Gerstenzölle gestimmt, den Kleinbauern die Futtermittel und dem Arbeiter das Fleisch verteuert. Die Nazis stimmen für alle Wucherzölle — die sozialdemokratische Preußen-Regierung hilft den Junkern, die Lebensmittelpreise hochzuhalten. SPD. und Nazis helfen dem Junker gegen die Kleinbauern.

Alle bürgerlichen Parteien sind für die Negersteuer

Die SPD. hat für die Notverordnung Brünings gestimmt, die Negersteuer und die Getränkesteuer bewilligt. Die Nazis haben in Thüringen als erste die Negersteuer eingeführt. Die SPD. setzt kommunistische Bürgermeister, die zum Steuerstreik rufen, ab und Nazirichter werfen sie in die Gefängnisse.

Wer Milliarden Steuern unterschlägt, kann geraubtes behalten

Eine Notverordnung verkündet mit Zustimmung der SPD. die Steueramnestie. Den Volksverrätern, den vollgefressenen Schiebern, die Milliarden über die Grenze geschoben haben, ist völlige Steuerfreiheit bewilligt und ihnen werden die hinterzogenen Steuerbeträge geschenkt.

Werkfähiges Volk! Antworte den Verrätern und Volksausplünderern! Rüste zum Sturz der faschistischen Diktatur!

Hinein in die KPD.! Hinein in die RGO.! Hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus! Organisiert den Streik der Metallarbeiter, der Mansfeld-Kumpels, der Braunkohlenarbeiter, der Chemieproleten!

Wählt in den Betrieben und an den Stempelstellen, in den Gewerkschaften, in allen proletarischen Organisationen, in Mieterversammlungen, in den Büros und Kontoren, an Fortbildungsschulen und unter den Jungarbeitern in den Betrieben, aus den Reihen der werktätigen Frauen, in den Oppositions-

versammlungen der SPD., der Sozialistischen Arbeiterjugend und den nationalsozialistischen Oppositionsgruppen, in den Versammlungen der Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden — wählt überall dort, wo die Massen der Ausgebeuteten und Unterdrückten zusammen sind,

Regierte zu den antifaschistischen Kampfkongressen der Städte und Industriereviere am 11. Januar 1931

die den Kampf gegen die faschistische Diktatur, gegen Negersteuer und Lohnraub organisieren sollen.

Rüstet zum Kampf!

Nieder mit der faschistischen Diktatur!

Stillelegung des gesamten Ka-Betriebes im Stickstoffwerk Piestritz am 23. Dezember

Brandlerianer als Profiktretter — Gegen Arbeiterurlaube, gegen das Kampfbündnis von Arbeitern und Kleinbauern, Betriebsarbeitern und Erwerbslosen — Belegenschaft erzwingt der A.O.D. das Wort

(Eig. Bericht.) Piestritz, 18. Dezember.

Die Verleistung der Piestritzer Stickstoffwerke hat die Stilllegung des Stickstoffbetriebes, der mehrere hundert Arbeiter beschäftigt, für den 23. Dezember angekündigt. Sie begründet die Stilllegung mit dem durch die Agrarfrage hervorgerufenen Mangel.

H.R. Wiederer umholt die Ausbeutegesellschaft zum Schläge auf die schon obenhin durch die 40-Stundenwoche seitfam verletzten Stickstoffproleten aus.

Um wieder Fuß zu fassen die brandlerianischen Kettenhunde des Unternehmers, die der Verleistung den Weg zur weiteren Verlebung der Belegenschaft ebnen.

In einer vom Betriebsrat einberufenen Belegenschaftsversammlung.

Am den freien Proklamator der Verleistung Stellung nahm, ließen die Brandlerianer Piestritz und Co. alle Mienen ihrer erbärmlichen Herrschaftspolitik epöbieren.

Um den Betrag an der Belegenschaft möglichst unanfällig durchzuführen, bestanden sie die Eingänge zum Versammlungsort und vernichteten den Zutritt zum Versammlungsort sowie der A.O.D. den Einlaß. Dellen ungeachtet verhalten sich diese dennoch Zutritt zur Versammlung.

Die Ausführungen des Chrenregenten Wälfener stellen eine raffiniert aufgemachte Verteidigungsrede für das Ausbeuterpaar dar. Er gab sich die erhebliche Mühe, das Aufkommen des Streikwillens der Belegenschaft zu unterdrücken.

Mit rührender Liebe zum Unternehmen machte er der Belegenschaft zum Zwecke der Überwindung der Blähtumiere (!!) der Vorladung, da es sich angeblich nur um eine leibständige Stilllegung handele, den Urlaub aus, den die Arbeiter im kommenden Jahre zu beanspruchen haben, während der Stilllegung des Ka-Betriebes zu nehmen.

Der König der politischen Verleumdung schloß in der Diskussion der Belegenschaft ab. Er empfahl den Stickstoffproleten ebenfalls, ihren Urlaub schon jetzt zu nehmen und dann wenn sie wieder arbeiten ... sich jede Woche 2 Mark vom Lohn zu sparen, um mit dem gesparten Geldem im kommenden Sommer einen unbesahlten Urlaub zu verbringen. (!)

Auf die Ausführungen eines Arbeiters, der die Not der Kleinbauern in Verbindung mit der Betriebsarbeiterfrage brachte,

antwortete Wälfener, der sich großschönig als „Revolutionär“ bezeichnete:

„Es lohnt sich nicht, in einer Belegenschaftsversammlung über die Not der Kleinbauern zu sprechen, denn die meisten zum ...“

So sprechen alle Herrscher, die die Arbeiterklasse von ihren natürlichen Verbündeten trennen wollen. Dieser Hof behauptete im weiteren Verlauf der Diskussion, indem einige Proleten zum Streik aufforderten, daß „König Wälfener und Karl Marx den Streik in der Krisenperiode ablehnen.“ (!) —

Wälfener eine einzige Verleumdung des marxistischen Standpunktes in sich. Eine lebhafte Debatte rief das propagatorische Vorgehen der Brandlerianer gegenüber den Erwerbslosen hervor. Mehrere Arbeiter

forderten das Bündnis mit den Erwerbslosen.

Er rechneten über mit den brandlerianischen Kapitalisthänden ab so daß die Erwerbslosen, die sich inszwischen Zutritt zur Versammlung verschafft hatten, nicht mehr hinausgewiesen werden konnten. Wälfener, der seine Heile fortzuschwimmen ließ, entfaltete eine Wälfere Rede gegen die Erwerbslosen, worin er vom Salontalkonzern Schöne, der behauptete, daß die Erwerbslosenfrage nicht Gegenstand einer Betriebsversammlung sein. (!), nach Kräften unterkühlte wurde.

Ein A.O.D.-Vertreter, der sich dreimal zu Worte meldete, befaß daselbe nicht.

Er nahm sich jedoch das Wort, worauf die Brandler-Beute ihre programmatische Sanktionseröffnung eröffneten,

gründlich Abrechnung mit der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien von der SPD. bis zu den Nazis. Die Abstimmung über das Wahltrennungsvotum wird am Freitag stattfinden.

82 vorbereitende Kampfausschüsse der Ruhrpumpen

Am Sonntag zentrale Schacht-Delegiertenkonferenz in Gelsenkirchen

(Eig. Drahtm.) Essen, 18. Dezember.

Nach der Gedingelung, die auf allen Zechen erfolgt ist, haben die Unternehmer auf der Westfälische bei Bochum die Schachtarbeiter aufgefordert, einen Meeres zu unterschreiben, daß sie mit dem 12prozentigen Lohnsatz einverstanden sind. Nach auf der Zechen „Helene“ in Essen hind den hiesigen ähnliche Forderung vorgelegt worden.

82 vorbereitende Kampfausschüsse auf den Ruhrzechen sind der überzeugende Beweis für die von Tag zu Tag steigende Streikbereitschaft der Belegenschaft.

Angefaßt des neuen Angriffs der Unternehmer gewinnt die zentrale Schacht-Delegiertenkonferenz in Gelsenkirchen erhöhte Bedeutung.

gründlich Abrechnung mit der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien von der SPD. bis zu den Nazis. Die Abstimmung über das Wahltrennungsvotum wird am Freitag stattfinden.

82 vorbereitende Kampfausschüsse auf den Ruhrzechen sind der überzeugende Beweis für die von Tag zu Tag steigende Streikbereitschaft der Belegenschaft.

Angefaßt des neuen Angriffs der Unternehmer gewinnt die zentrale Schacht-Delegiertenkonferenz in Gelsenkirchen erhöhte Bedeutung.

gründlich Abrechnung mit der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien von der SPD. bis zu den Nazis. Die Abstimmung über das Wahltrennungsvotum wird am Freitag stattfinden.

82 vorbereitende Kampfausschüsse auf den Ruhrzechen sind der überzeugende Beweis für die von Tag zu Tag steigende Streikbereitschaft der Belegenschaft.

Angefaßt des neuen Angriffs der Unternehmer gewinnt die zentrale Schacht-Delegiertenkonferenz in Gelsenkirchen erhöhte Bedeutung.

gründlich Abrechnung mit der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien von der SPD. bis zu den Nazis. Die Abstimmung über das Wahltrennungsvotum wird am Freitag stattfinden.

82 vorbereitende Kampfausschüsse auf den Ruhrzechen sind der überzeugende Beweis für die von Tag zu Tag steigende Streikbereitschaft der Belegenschaft.

Angefaßt des neuen Angriffs der Unternehmer gewinnt die zentrale Schacht-Delegiertenkonferenz in Gelsenkirchen erhöhte Bedeutung.

gründlich Abrechnung mit der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien von der SPD. bis zu den Nazis. Die Abstimmung über das Wahltrennungsvotum wird am Freitag stattfinden.

82 vorbereitende Kampfausschüsse auf den Ruhrzechen sind der überzeugende Beweis für die von Tag zu Tag steigende Streikbereitschaft der Belegenschaft.

Angefaßt des neuen Angriffs der Unternehmer gewinnt die zentrale Schacht-Delegiertenkonferenz in Gelsenkirchen erhöhte Bedeutung.

gründlich Abrechnung mit der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien von der SPD. bis zu den Nazis. Die Abstimmung über das Wahltrennungsvotum wird am Freitag stattfinden.

Demonstrationsverbot für Magdeburg

Hilfer-Versammlung als Vorwand zum Raub des Demonstrationsrechts der Arbeiterschaft

(WZB.) Magdeburg, 17. Dezember.

Die für Donnerstag, den 18. Dezember, geplante Kundgebung der Nationalsozialisten, in der Adolf Hitler sprechen sollte, sowie die am gleichen Tage geplanten Gegenkundgebungen des Reichsbanners und der Kommunisten, sind vom Polizeipräsidenten verboten worden. Das Verbot erstreckt sich sowohl auf Versammlungen unter freiem Himmel wie auch in geschlossenen Räumen. Darüber hinaus sind zur Sicherung des öffentlichen Friedens alle Umzüge und Versammlungen unter jeder Form am 18. Dezember bis 5. Januar vom Polizeipräsidenten unterlagert worden.

Die Behauptungen der sozialfaschistischen Presse, wonach sich das Magdeburger Demonstrationsverbot „gegen Hitler“ richte, können denkende Arbeiter über keinen Sinn nicht hinwegtäuschen.

Es ist klar, daß in Magdeburg mit keiner gewaltigen Arbeiterbewegung die Propaganda der Hitler-Gardien bei freiem Marktzugriff der Arbeiterschaft zu einer vernünftigen Niederlage geführt hätte, vor der sie eben durch das Versammlungsverbot bewahrt und noch obendrein mit billigen Wirtinnen für Agitationszwecke besetzt wurden.

Den Hitler und Konjorten hat das Demonstrationsverbot also genügt — sein eigentlicher Zweck besteht aber darin, den Arbeitern und insbesondere den hungernden Erwerbslosen das Recht auf die Straße zu rauben. Weshalb sonst Verletzung des Demonstrationsverbots ausgerechnet bis zum 5. Januar, also über die Weihnachtszeit?

Die Magdeburger Polizei und die SPD, die sie leitet, glauben also offenbar, mit Demonstrationsverboten die Erwerbslosen züchtigen zu können, so daß am 24. Dezember den Ausbeutern der Unbill der wirtschaftlichen Lage in Deutschland erpaßt bleibt.

Ob sie mit dieser Artmarionade recht behalten werden, bleibt abzuwarten.

Generalkrieg in Spanien

(Eig. Drahtm.) Madrid, 18. Dezember.

Der revolutionäre Generalkrieg in Spanien hat sich weiter ausgebreitet. Alle wichtigen Anhaltspunkte mit kommunistischem Einschlag stehen im Streit gegen die faschistische Diktatur Berenguer, unter anderem die Hauptstädte der sieben wichtigsten Provinzen. Die Erklärung des Kriegsgegenstandes in Spanien hat die Gewalt in die Hände der Generale der Militärbezirke gelegt. Die Hauptstädte werden von Truppen aller Schattierungen durchzogen. In den wichtigsten Punkten werden jetzt Wälfenerbewegungen ausgeführt. Barcelona, wo die Arbeiter trotz des Streikrechts unter revolutionärer Führung im Generalkrieg verharren, ist in fünf Sektoren eingeteilt, in denen je ein General mit Kanonerie stationiert ist. In Alicante soll ein Militärstand ausgebrochen sein. Nach Teile der spanischen Flotte haben, nach Freisprechungen, gezeichnet.

Bankschließungen in Amerika — Die Krise schreitet weiter fort

(WZB.) New York, 15. Dezember.

Heute haben 15 weitere Banken in allen Teilen des Landes ihre Zahlungen eingestellt. Auch Banken Nordcarolinas schlossen ihre Geschäftsbüro, wie ihre Direktoren sagten, ihre Schalter, jedoch dürften bedeutende Kündigungen von Depositen die Ursache dieser Maßnahme sein. Die größte dieser Banken ist die First National Bank of Savannah, deren Kapital 4,500,000 Dollar beträgt.

Die Angst der amerikanischen Bourgeoisie

vor der proletarischen Revolution

(Eig. Drahtm.) New York, 18. Dezember.

Angefaßt der ungeheuren Erwerbslosigkeit in Amerika richten die Bourgeoisie und ihre Geschäftsführer an die amerikanische Regierung aus Arkansas und einigen anderen Staaten Hilferufe, die sie zu steuern. Diese Hilferufe aus Angst vor der weiteren Radikalisierung und dem revolutionären Wälfener Kampf in allen Teilen der Welt zeigen deutlich die fortschreitende katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise, und eine direkte Aufforderung an die amerikanische Regierung, mit Gewaltmitteln des Staates nun vorzugehen (siehe Kampfbewegung der Arbeiterschaft zu unterdrücken).

A.O.D.-Landtagsabgeordneter durch Vilshofen-Polizei verhaftet

Die kommunistischen Parteien Deutschlands und Polens sind die Führer der oberflächlichen Arbeiter dieses und jenseits der Grenze

(Eig. Drahtm.) Breslau, 17. Dezember.

Der in Oberschlesien gewählte preussische Landtagsabgeordnete Genosse Dunkel geht mittig in Königsberg ein polnisches Vilshofen verhaftet, als er auf der Straße Königsberg eine Kette besetzt am 18. Dezember, an der etwa 500 Arbeiter teilnahmen. Bereits vor Eintreffen der Polizei verhaftete ein Vilshofen-Anhänger, den Genossen Dunkel zu schlagen. Ein Wertmeister der Königsberger, ebenfalls ein Vilshofen-Anhänger, zog einen Revolver und zielt auf unseren Genossen. In diesem Moment erschien die polnische Polizei und verhaftete den Genossen Dunkel und einen Arbeiter.

Die Belegenschaft begleitete die Verhafteten unter Protesten gegen die Polizeimittel und Hofreden auf die kommunistischen Parteien Deutschlands und Polens.

Es hagelt Verbote gegen revolutionäre Filme

(Eig. Drahtm.) Berlin, 18. Dezember.

Das Kulturbüro hat nun gefordert die Prometheus-Kinobesitzerschaft davon zurückzuführen, daß der japanische Genosse in Berlin gegen die Aufführung des Films „Der blaue Engel“ Einspruch erhoben hat. Die Mitteilung des Auswärtigen Amtes soll offenbar zum Ausdruck bringen, daß es gemäß ist, diesem Einspruch stattzugeben und den „Blauen Engel“ zu verbieten.

Volksparteiliche Forderungen nach neuem Unterhaltungsraub erreicht

(Eig. Drahtm.) Berlin, 18. Dezember.

Die Deutsche Volkspartei stellte durch ihren Parteivorsitzenden Dingeldeis anlässlich der zeitigen Besprechungen mit dem Reichsführer erneute Forderungen zur Ermäuerung der künftigen Einberufung auf Kosten der Erwerbslosen.

Er fordert, daß im Reichshaushalt eine weitere Erparnis von 200 Millionen angesetzt werden soll, da die Restrukturierung des Staatshaushalts eine Gefährdung des Staates bedeuten.

Diese Forderung der Deutschen Volkspartei, hinter der auch die übrigen faschistischen Parteien stehen, ist nicht mehr und nicht weniger als die Aufhebung, mit Mitteln der Diktatur eine weitere Massenauflösung vorzunehmen. Voraussetzungen sind die ersten Verleumdungen dabei die Erwerbslosen und Arbeitslosenempfänger sein.

Der prenzibische Hunzeretat im Landtag eingebracht

Am Dienstag wurde im Landtag der prenzibische Hunzeretat für 1931 vom Finanzminister Höpfer-Wischhoff eingebracht.

Höpfer wies in seiner Rede ausdrücklich darauf hin, daß ohne die Hilfe der Reichlichen Regierung im Reichrat es der Weimarer-Regierung nicht möglich gewesen wäre, ihre Notverordnungsgebung zur Verabschiedung zu bringen.

(Sie waren natürlich auch im entgegengesetzten Falle verurteilt worden. Die Weim.) Auch der Landtag mußte jetzt das seine tun, um zur Befreiung der Lage (der Hungerdiktatur) und zur Überwindung der Krise beizutragen. Man hätte also aus berufenem Munde, daß ohne die Hilfe Preußens die Durchführung der Weimarer-Hungerdiktatur unmöglich wäre.

Wörter wurde das deutliche nationale Mißtrauensvotum gegen Braun und Seegering wegen ihres abscheulichen Verhaltens über das Verbot des Remarque-Films beraten. Deutschnationale und Demokraten, Sozialdemokraten und Volksparteiliche weitestgehend miteinander, den Kampf um zu erbringen, daß sie die besten und mächtigsten Frontkämpfer waren. Genosse Kasper hielt

Erneut Massenentlassungen bei der Reichsbahn

(Eig. Drahtm.) Berlin, 18. Dezember.

Nach dem Schiedspruch gegen die Eisenbahner, dessen Verbindlichkeitsklärung die Reichsbahndirektion beantragt hat und den die Gewerkschaftsbürokratie kampflos hinstimmt,

geht die Hauptverwaltung der Reichsbahn dazu über, nicht nur Überstundenarbeit machen zu lassen, sondern erneut 25 000 Arbeiter zu entlassen.

Dieser Vorstoß der Dormüller, Siemens & Co. wird unterstützt durch die verästelte Taktik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die von dem Reichsarbeitsminister der faschistischen Weimarer-Regierung fordern, daß er von seinem Aufsichtsratsrecht Gebrauch macht, um diese Entlassungen zu verhindern. Mit diesem Treib der Sozialfaschisten, indem die Führer von ihrem Kampf gegen die Massenentlassungen, für Arbeitserleichterung mit Lohnausgleich und Lohnerhöhung abgelenkt und abgehalten werden.

Reichsbanner-Kommando mordet kommunistischer Arbeiter diebstahl

(Eig. Drahtm.) Nürnberg, 18. Dezember.

Im Anschluß an eine Kundgebung der SPD, wurde

der 25jährige Genosse Theo Junker von 30 Reichsbanner-Kommando-Beuten durch mehrere Stöße getötet.

Er befand sich bereits 500 Meter von dem Versammlungsort entfernt, als die Reichsbannerleute ihn überfielen und einen Stich ins Auge beibrachten. Trotzdem er dabei auf den Boden fiel, drang das Reichsbanner weiter auf ihn ein und stach ihn in den Rücken. Auf dem Wege ins Krankenhaus ist der Genosse Junker gestorben.

In der Kundgebung der SPD, sprach u. a. auch der Vorsitzende der Berliner SPD, Lütke, der eine ungeheure propagandistische Rede gegen die Kommunisten hielt.

Rettet die griechischen Soldaten vor dem Henker!

An die Arbeiter- und Bauernjugend aller Länder. Vom griechischen Kriegesgericht in Jannina wurden zwei Soldaten, Panoussis und Marcobitsch, zum Tode verurteilt, weil sie gegen das Diktatorregime im griechischen Epirus in Kalfakt revoltierten. Andere wurden zu lebenslänglicher und langjähriger Kerkerstrafe verurteilt.

In der griechischen Armee herrscht ein schrecklicher Terror. Die Soldaten hungern, müssen vom frühmorgens bis spät abends schwere Arbeiten verrichten. Sie sind aber nicht gegen ihr Leben und ihre Gesundheit in der Kolonie zu lassen. Tagtäglich gibt es in den Kolonien in Griechenland revolutionäre Kämpfe der jugendlichen Arbeiter und Bauern im Massenrot für die Verbesserung ihrer Lage. Der griechischen Bourgeoisie ist es bei einem großen Teil der Soldaten nicht gelungen, das Kolonnenbewußtsein zu vernichten. Nicht selten sind die Fälle, wo Soldaten gemeinsam mit den Arbeitern und Bauern demonstrieren, gegen die Polizei kämpfen und sich weigern, auf auffällige Bauern zu schießen. Darum werden Tausende vom griechischen Henker Venzelos nach Kalfakt in Verbannung geschickt, wo ein großer Teil zugrunde geht.

Das Todesurteil von Jannina gehört zu den Kriegesurteilen gegen die Sowjetunion. Das Gericht Venzelos will zeigen, wie die Bourgeoisie gegen alle Vorgehen wird, die sich nicht auf die Schlichtung der Imperialisten führen lassen wollen, die auch dann kämpfen, wenn ihnen der Waffenrot aufgegeben wird!

Bereitet die Durchführung dieses Todesurteils an revolutionären Soldaten. Nur euer Massenprotest in den Betrieben, Stempelstellen, in den Städten und Dörfern kann sie retten. Organisiert Protestversammlungen und Demonstrationen!

Rieder mit dem Todesurteil gegen die Soldaten!
Rieder mit den Kriegesurteilen gegen Venzelos!
Es lebe der revolutionäre Kampf der griechischen Arbeiter, Bauern und Soldaten!
Es lebe die internationale revolutionäre Solidarität!
Dezember 1930.

Westeuropäisches Büro der Kommunistischen Jugendinternationale.

Sowjetische Banditen freigelassen

Die Entführung des finnischen Ex-Präsidenten war ein Signal zum Kriegsbeginn gegen die Sowjetunion

Helsingfors, 17. Dezember. Vor einigen Tagen begann der Prozeß gegen den früheren finnischen Generalschef Wallenius und andere Lappo-Banditen wegen der Entführung des Ex-Staatspräsidenten Stahberg im Auftrag der Lappo-Führung. Sämtliche Angeklagten wurden freigelassen und der Prozeß auf einige Tage verlagert.

Die ganze Prozeßhandlung war beherrscht von dem Bemühen, über die geheimnisvollen Hintergründe der Entführung nichts an die Öffentlichkeit bringen zu lassen. Gericht und Angeklagte verrieten ihre Mitteilungen, die ganze Entführungsangelegenheit möglichst harmlos auszugeben.

Zunächst wollten die Lappo-Banditen die Entführung des ehemaligen liberalen Präsidenten Stahberg als „kommunistische Geiseltat“ ausgeben, die von „Sowjetagenten“ durchgeführt worden sei, um damit einen Krieg gegen die Sowjetunion herbeizuführen oder zum mindesten die antilichthetische Agitation auf die Spitze zu treiben. Einiges in ihrer Regie klappte jedoch nicht ganz, so daß die wirtlichen Täter in aller Öffentlichkeit entlarvt wurden und angefaßt der Massenempörung über die Lappo-Untat verhaftet werden mußten. Wie hat die finnische Behörde — Konsul Spinhaus — ja bereits offizieller Lappo-Bandit für den Staatspräsidentenposten — mit den Lappo-Banditen Hand in Hand arbeiten, zeigt die Freilassung der Entführer.

Neue Siege der Roten China-Armee

Die Reaktion zieht ihre Interventionstruppen zusammen

Schanghai, 17. Dezember. Aus der Provinz Kwantung wird gemeldet, daß die roten Truppen eine rege Tätigkeit auf der Insel Hainan entwickeln, wo 13 Bezirke, vier vollständig und die übrigen teilweise, in den Händen der Roten Armee sind. Die Drehtreiberei zwischen Siao, Haihan und Kanton ist unterbrochen. Aus Kanton werden nach wie vor beständige Streiktrübe entlassen. Amerikanische und englische Besatzer sind beordert, die Missionare zu „retten“, denen übrigens kein Gefahr droht. Auch drei chinesische Jesuiten sind nach Haihan abgegangen.

Im Norden der Provinz Kwantung ist die Lage für die Regierungstruppen ungünstig.

In Kanton ist der Kriegszustand verhängt worden. In den Straßen patrouilliert Militär. Das Regierungsgeschäft wird lahm gemacht. Die Telefonverbindung zwischen Kanton und Schanghai ist unterbrochen.

Die „North China Daily News“ berichten, daß im Norden der Provinz Kwantung, wo die Operationen der Regierungstruppen gegen die Rote Armee durch das Gebirge erheblich erschwert sind, eine Sowjetisierung geschehen wurde. In der Provinz Hunan besetzten die Roten die Stadt Kiangsi und haben Peking eingeschlossen.

Weißer Terror in Hankau

Schanghai, 17. Dezember. Pressemeldungen zufolge wurde in Hankau, angefaßt der bevorstehenden Ankunft Tchangtschangs, der Kriegsplan verhängt. Jeden Tag finden Versammlungen und öffentliche Hinrichtungen statt. U. a. wurden acht Personen wegen Vorbereitung eines Attentats auf Tchangtschang hingerichtet.

Partisanenkämpfe in Indochina

Amsterdam, 17. Dezember. In Französisch-Indochina fanden in der Nacht vom 7. zum 8. November während des Besuchs des Generalgouverneurs von Niederländisch-Indien, Jantheer de Graaf, bei seinem Kollegen Pasquier Zusammenkünfte zwischen Partisanen unter kommunistischer Führung und den Regierungstruppen statt.

Um Mitternacht, als der Sonderzug, in dem sich die beiden Generalgouverneure auf ihrer Reise von Hanoi nach Hué befanden, den Militärposten in der Nähe von Canloc passiert hatte, wurde dieser von etwa 600 Partisanen angegriffen. Der Angriff wurde abgeblasen; die Partisanen sollen zwei Tote und drei Verletzte zurückgelassen haben. In derselben Zeit kam es zwischen der Aufklärungspatrulle der Regierungstruppen und Partisanen in der Nähe von Hongio, nordwestlich von Canloc, zu Zusammenstößen; die Partisanen wurden zurückgeschlagen.

Eine Gruppe von 200 Partisanen soll in der Nähe von Yen Yuan durch eine Patrouille der Fremdenlegion zerstreut worden sein.

500 Partisanen auf dem Wege nach Yen Thon haben den Bahnhof von Chai besetzt und den Bahnhofsbeamten verhaftet. Ein Detachement der Fremdenlegion hat darauf den Bahnhof wieder in Besitz genommen. Der Bahnhofsbeamte wurde befreit; die Partisanen haben vier Tote und vier Verletzte zurückgelassen.

Die Partisanen schlossen sich darauf wieder zusammen, worauf sie, 1500 an der Zahl, die Zitadelle von Huabien angriffen. Sie sollen zurückgeschlagen worden sein und 30 Mann verloren haben.

Die Kämpfe beschränken sich im wesentlichen auf den nördlichen Teil der französischen Kolonie Indochina (Nord-Annam und Tonkin, in der Nähe der chinesischen Grenze). Die Zensur hat die Berichte der Auslandskorrespondenten

über die Ereignisse in der Nacht vom 7. zum 8. November unterbrochen. Durch Vermittlung eines Vertreters der holländischen Telegraphenagentur „Neta“, der im Geolge des Generalgouverneurs von Niederländisch-Indien war, sind die obigen Einzelheiten zur Kenntnis der Kolonialpresse in Indonesien gelangt.

Starhemberg fordert Verbot des Remarque-Films für Oesterreich

Wien, 17. Dezember. Die Pressestelle der österreichischen Heimatwehren meldet: Der Bundesführer Starhemberg hat sich in Angelegenheit der Aufführung des Remarque-Films an den Bundeskanzler gewandt; er erklärt, daß die Aufführung dieses Films in weiten Kreisen der heimatreuen Bevölkerung größte Erregung hervorruft würde. Namens der Heimatbewegung erhebe er daher mit großer Entschiedenheit und härtestem Nachdruck die Forderung, die Aufführung dieses Filmes zu unterlegen.

Sowjetisch-chinesische Konferenz unterbrochen

Moskau, 17. Dezember. (TASS) Der bevollmächtigte Vertreter Chinas auf der russisch-chinesischen Konferenz, Prochtehwei, teilte Kasachan seine Absicht mit, für einige Zeit nach China zu reisen.

In seinem Antwortschreiben erklärt Kasachan: Die Sowjetregierung teilt vollkommen den von Ihnen wiederholt geäußerten Wunsch nach tatsächlicher Aufnahme der Erörterungen der Fragen der Ostasienabahn, des Handels und der diplomatischen Beziehungen, zu deren Klärung in der Konferenzsitzung vom 4. Dezember Sonderauschüsse geschaffen wurden. Die Sowjetregierung hebt Ihre baldigsten Rückkehr und der Wiederaufnahme der Arbeiten der Konferenz wie auch der Erfüllung aller anderen von chinesischer Seite gemäß dem Protokoll vom Cabanotom Unternehmungen Beruflichkeiten entgegen.

Von Guatemala sind Zusendungen eingetroffen, denen zufolge dort geltend eine demnächstige Erhebung ausgedehnt ist. In den Straßen der Stadt ist es zu Feuergefechten gekommen. In Amerika hat der Einwohnerauswachs die jährliche Einwohnerzahl in den nächsten zwei Jahren von 150 000 auf 75 000 herabgesetzt.

In Lyon Straßenbahnerstreik

Paris, 17. Dezember. Wegen der Entlassung eines revolutionären Kollegen hat in Lyon 8000 Straßenbahner angestellt und streikten in den Streit getreten.

Heute früh waren bereits starke Polizeiträfte vor den Straßenbahnhöfen postiert, die einzelne Straßenbahnen, die zu höheren Beamten geführt wurden, zu schienen versuchten. Mehrere Streikbesetzer wurden trotzdem von den Streikenden angegriffen.



(Kopierrecht der Internationalen Arbeiter-Zeitung, Berlin.)

7. Fortsetzung.

Franz Kreutz atmete auf und jagte zu Kurt, als sie wieder dem Ufer zutraten: „Möge dich es doch noch nicht aus! Wenn die hier anpacken, dann werden sich unsere Leute wohl wieder befinden!“

„Du hast gehört, wer das Hundedummel herbeigeführt hat!“ jagte Kurt. „Die Kampfleitung in Hagen trägt die Schuld, weil sie mit den Verbänden in Bielefeld liebäugelt! Solche Leute gehören ganz wo anders hin, als in die Kampfleitung einer revolutionären Armee!“

Sie fuhren wieder über die Lippe. Als sie den Wald durchschnitten, fragte irgendein weit hinter ihnen ein dumpler Donner.

Franz sah nach seiner Uhr. „Das Ultimatum ist abgelaufen! Unsere Schlichte beschließen!“

Heulend drohten sich die Eisenbroden hoch über dem Wald durch die Luft und trachten in die Stellungswälle und Verschanzungen der Stadt hinein.

Als sie wieder ihre Truppe erreichten, buddelten die Kameraden den toten Schindler ein.

Durch die Vermittlung, die die Nachricht von dem Waffenstillstand verursacht hatte, war die Front rechts von der Lippe geschwächt und vorläufig nicht in der Lage, einen härteren Angriff zu unternehmen. Während die Front links von der Lippe noch immer die Stadt bombardierte, trug tapfere Teil-

kämpfe die Reichsmehr bedrängte, war doch die Einnahme — nachdem die Reichsmehrleitung die Uebergabe abgelehnt hatte — durch das Jögern der rechts von der Lippe liegenden Truppenteile, die auch noch weiterhin durch verwerrene Manövern zu keinem Entschluß gekommen waren, stark behindert.

Rehr unternahm alle möglichen Verluste, neue Verstärkungen heranzuschaffen. Nur wenige Abteilungen, die mit der Neutralität der Hagener Kampfleitung nicht einverstanden waren, hatten auf eigene Faust sich in Marsch gesetzt und kamen zu Hilfe. Das hätte aber bei weitem nicht mehr die in die Front getriebenen Wälder aus, und der Frontabschnitt war — da auch die noch verbleibenden Arbeiter mitsamt wurden — durch fortgesetztes Beschießen einzelner und kleiner Truppen buchstäblich lahmgelagt.

So vergingen zwei Tage. Kreutzs Mannschaft hatte sich notwendige Deckungen gebuddelt und beschränkte sich auf die Erdrückung des gegnerischen Feuers. Kleine Streifen fliehen des Nachts vor, um die wieder dreifach vorgeschobenen Reichsmehrposten mit Handgranaten fortzutreiben.

Am 27. März, nachdem alle Hoffnungen, neue Kräfte an die Front zu bekommen, durch das passive Verhalten der Hagener Leitung gescheitert waren, rief Kreutz die übriggebliebenen Führer zusammen und teilte ihnen seinen Entschluß mit, die Front, die seinem Kommando unterstand, bis auf Schermerberg zurückgehen zu lassen.

Der Matrose machte noch Einwände. Rehr aber erklärte den Führern seine Bedenken: „Rechts liegt alles lahm! Wir haben durch das Verlassen der Front rechts vom Bahndamm nach hinten keinen Anhalt mehr und können abgeknittet werden!“

„Wart hand da, wie einst, der zu Tode verurteilt worden war. Rehr stattete seine Hand: „Es ist keine Preisgabe unseres Kampfes, Genosse! Du wirst doch in Ruffeld, dort müßten wir so oft einen Umweg machen, um später um so fester anzupacken!“

„Wart nicht nur. Er sah Franz Kreutz an und sagte: „Wie denkst du darüber?“

„Wenn wir Gefahr laufen, abgeknittet zu werden, dann ist es richtig, dem Vorhieb des Rehr Folge zu leisten! Aber eine Lehre ist mir daraus ab, die weitere Unterordnung unter die lahme Kampfleitung der Hagener! Ihr braucht euch nicht zu wundern, wenn die eines guten Tages damit kommen, die

Kanaren abzugeben, die mit unter Einfluß unseres Lebens an uns gefallen haben!“

„Nicht eine Patrone wird abgegeben, Genossen!“ jagte Rehr. „Eher binde ich mit eine Handgranate um die Gurgel und freiere so, als ich meine Kanare abgebe!“ Eintrichte der Matrose erwiderte: „Wir lehnen lo eine Forderung, wenn's kein muß mit Gewalt ab!“ jagte auch der Offizierstellvertreter.

Sie beschloßen den Rückzug auf Schermerberg. Der Rückmarsch sollte sich gestaltet vollziehen. Von jeder Kompanie blieb eine Gruppe mit einem Maschinengewehr zurück, um die Wälder zu sichern.

Franz Kreutz behielt den Kanonen, den Reichsmehrmann und noch zwei Mann und das leichte Maschinengewehr zurück, übergab dem Rehr die Führung der rückmarchierenden Abteilung und suchte eine höhere Stelle aus, von der aus er mit dem Maschinengewehr heranrückende Posten besetzen konnte. Auch Kurt war abgeholt.

Wurz vor Abend löste sich eine Abteilung nach der anderen aus der Front und verschwand ausgeschwärmt, doch fast geräuschlos im Wald. Franz Kreutz beschloß, die in der Nacht mit dem Maschinengewehr zu verschwinden, hatte aber einen Feind verfangen: den Nebel!

Wie den ersten Abend, als sie an die Front kamen, hüllte sich der Wald in das unüberwindliche Grau. Kurt sah die Reichsmehr ziemlich ruhig verschlei: beruhigte die MS-Feldleitung.

Franz Kreutz riet davon ab, in den Nebel hineinzutreten und beauftragte den Kanonier, im Falle einer Ueberumpfung das Maschinengewehr mit einer Handgranate zu sprengen. Dann sollte sich jeder auf eigene Faust einen Rückweg suchen. Starke Maschinengewehrfeuer legte ein. Die Gruppe mußte tief in Deckung, um nicht getroffen zu werden. In den Wäldern erwiderte der Kanonier das Feuer, um die Reichsmehr zu täuschen. Auch weiter rechts im Walde knatterte ein Maschinengewehr.

„Das sind unsere!“ jagte Franz Kreutz, „die sind auch noch da!“ Die Stunden flogen entsetzlich langsam dahin. Die Rotarmisten, deren Kleidung von dem Nebel durchsicht war, froren und warteten murrend auf dem Morgen, der nicht kommen wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Baifer

ung s...

4

der bürger...

U. S. S. S.

U. S. S. S.

U. S. S. S.

U. S. S. S.

U. S. S. S.

Rund um den Erdball

„Im Hinblick auf die derzeit gespannte Lage Europas“

Clond-Versicherung wittert Krieg

Die Versicherungen für die Weltfrachten um 30 Millionen Mark erhöht

London, 17. Dezember. „Im Hinblick auf die derzeit gespannte Lage Europas“ erwägt die große Versicherungs-Gesellschaft Lloyd's zurzeit ernsthaft einen Beschluß, die Frachtversicherungsätze gegen Kriegsrisiko um 6 Pence zu erhöhen. Dies würde die Versicherungsosten für englische Frachten um 10 Millionen Mark und für alle Frachten der Weltwirtschaft um 30 Millionen Mark erhöhen. Nach Aussagen führender Schiffmakler herrscht augenblicklich innerhalb der Schiffahrtkreise eine gewisse Nervosität wegen der gespannten gegenwärtigen internationalen Lage.

Die große englische Tageszeitung „Daily Telegraph“ meldet hierzu ergänzend, daß die Verhandlungen sich augenblicklich noch im Anfangsstadium befinden. Als Grund werde angegeben, daß im Hinblick auf die unruhigen politischen Verhältnisse in vielen europäischen Ländern die gegenwärtige Geflohenheit,

das Kriegsrisiko umloht oder gegen eine sehr kleine Prämie in die Polken einzuschließen. Den Versicherungsgesellschaften sehr schwere Verpflichtungen bringen könnte,

ohne daß sie dafür eine entsprechende Vergütung erhalten. In den gegenwärtigen Verträgen über die Versicherung von Frachten sei eine Klausel enthalten, die die Reichsannehmung und — alle Folgen von Feindlichkeiten, ganz gleich ob vor oder nach einer Kriegserklärung“ ausschließen. Der Vorschlag dieser Kriegsrisiko-Prämie, die also nach ihrer Einführung die Weltwirtschaft um weitere 30 Millionen Mark belastet, erstreckt sich, so schließt „Daily Telegraph“,

nicht auf die Schiffskörper, da die meisten Reedereien ihre Schiffe gegen Kriegesgefahr ohnehin durch besondere Vereinbarungen auf Gegenseitigkeit versichern.

Halt, Brolet! Den letzten von uns fettgedruckten Satz lies zum besseren Verständnis des darin verborgenen Sinnes noch einmal. Halt da es nun verstanden? Also: die meisten Reedereien haben ihre Schiffe ohnehin gegen Kriegesgefahr durch besondere Vereinbarungen auf Gegenseitigkeit versichert. Das heißt, in die einseitige Sprache der Arbeiterschaft übersezt:

daß in einem Kriege der kapitalistischen Staaten untereinander der Reeder um das Schicksal seiner zulässig in einem feindlichen Selen liegenden Schiffe nicht besorgt sein braucht, da die inter-

nationalen Kapitalisten, unabhängig von ihren Staaten, Verträge abgeschlossen haben, wodurch ihre Eigentum unter allen Umständen gesichert bleibt.

Der Leidtragende ist also nur das Arbeitvolk, das durch Schnaps und patriotische Phrasen benebelt wird, um sich zur „höheren Ehre der Vaterländer“ willig abzulassen zu lassen.

Des weiteren aber zeigt die Meldung der „Daily Telegraph“, wie die feindsüchtigen Kapitalisten unlerer Zeit, alle die Schiffskapitäne und die Versicherungsgesellschaften, die Kriegsgefahr

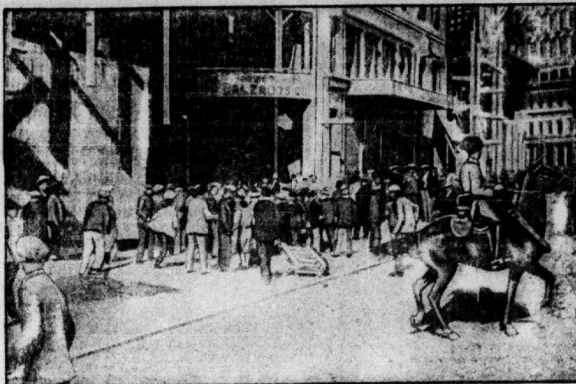
in Europa einschätzen. „Im Hinblick auf die unruhigen politischen Verhältnisse in vielen europäischen Ländern“ halten diese Profitgeier es heute bereits für notwendig, das Kriegsrisiko auf die Schultern des Weltkonumenten abzuwälzen. Sie wollen nicht übertrudt werden. Aber auch die Weltarbeiterschaft hat alle Ursache, sich ebenfalls gegen ein „Kriegsrisiko zu versichern.“ Erst vor einigen Tagen gesten wir auf, wie die großen internationalen Küstungsfirmen

die Riders, Schneider-Creslet und Stoda ihre Hochwertgeproduktion in Kriesehorte steigert und wie ihre Aktien entgegen dem sinkenden Weltbörseinindex ständig in die Höhe klettern.

Das Amt untrügerische Jelden des heran nahenden Krieges und müssen als solche von der internationalen Arbeiterschaft gewertet werden. Wer sich also heute noch von den pazifistischen Kieweder-Kriegs-Gesädel der Sozialpatrioten, der 2. Kriegstreiber-Internationale einfangen läßt, der handelt pflichtvergeßen an den Lebensinteressen des Weltproletariats.

Zivilgarde gegen demonstrierende Arbeiter eingesetzt

Beim 48stündigen revolutionären Generalstreik in Valencia kam es wiederholt zu blutigen Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Streikenden und der berüchtigten Zivilgarde des spanischen Königs.



Erbitterter Kampf um einen entsprungnen Fürsorgezögling

Lieber tot als zurück in die Hölle

Das Elternhaus wird belagert — Verteidigung mit Steinen, Porzellan und kochendem Wasser

Harburg, 17. Dezember. Ein Fürsorgezögling aus Moorburg, dem es gelungen war, aus der Harburger Fürsorgehölle zu entfliehen, war zu seinen Eltern in Moorburg geflüchtet. Als diese die Klagen ihres Jungen über die brutale Behandlung in der Anstalt erfuhren, waren sie damit einverstanden, daß er bei ihnen blieb. Die Behörden jedoch verlangten satzungsgemäß die Herausgabe des Jungen. Da sich die Eltern trotzend weigerten, kam es zu einem erbitterten Kampf mit einem großen Aufgebot von Schutzpolizei.

Der Junge nunmehr wieder zwangswise in die Erziehungs-hölle zurückgebracht wird, müssen die Eltern den Verlust, ihren Jungen vor den Bestialitäten entmenschter „Erzieher“ zu retten, mit langjähriger Freiheitsstrafe büßen. So will es die kapitalistische „Ordnung“!

Mit allen möglichen Gegenständen hatten die Eltern ihr Haus verbarrikadiert. Als die Polizeitruppe das Haus umhüllten wollte, kamen ihr Steine, Porzellangegenstände und kochendes Wasser entgegen.

Als schließlich die Polizei zum Sturm überging, wurde sie von mehreren Schüssen der verzweifelten Eltern empfangen. Erst nach einem längeren erbitterten Kampf gelang es der Polizei, in die Wohnung einzudringen, um gerade noch zur rechten Zeit der Mutter des Zöglings eine Petroleum-lampe aus der Hand zu schlagen, womit sie bereits die ganze Wohnung befehlen hatte.

In ihrer grenzenlosen Verzweiflung hatte sie beabsichtigt, das Haus in Brand zu setzen und sich auf diese Weise ums Leben zu bringen.

Schwer gefesselt wurden Vater, Mutter und Sohn zur Wache abgeführt. Ihr Kampf war ein vergeblicher. Während

„Nicht am letzten Tage kaufen“



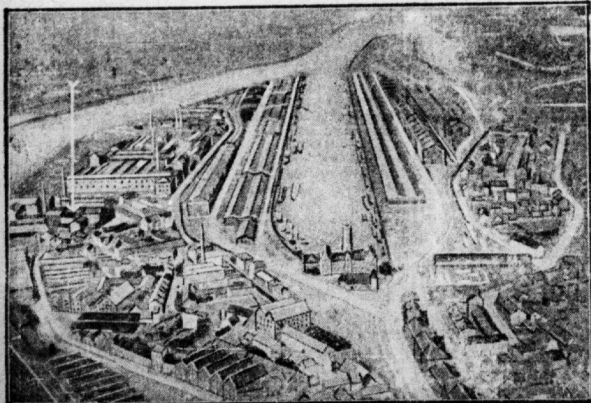
Diese unnötige Warnung wird augenblicklich in der bürgerlichen Presse eindringlich publiziert. Als ob die vier Millionen Erwerbslosen, die jämmerlich entlohnte Arbeiterschaft überhaupt, an Großeinkäufe für das sogenannte Weihnachtsfest denken kann. Szenen, wie auf unserem Bild, werden sich he Republik nicht ereignen.

Zusammenstoß zweier englischer Interseeboote

Zwei nach Hongkong bestimmte englische U-Boote sind nach einer Londoner Meldung bei Gibraltar zusammengestoßen und gesunken. Nähere Einzelheiten über das Unglück, insbesondere über das Schicksal der Besatzung, werden von der englischen Neutralität geheimgehalten.

Riesenfeuer im Bremer Freihafen

In dem im Bremer Freihafengebiet gelegenen Lagergebäude der Firma Nielsen — durch den Fall gekennzeichnet — brach in der Nacht zum 17. Dezember ein Brand aus, der in aller kürzester Zeit einen riesigen Umfang annahm und trotz des Einsatzes sämtlicher Feuerwehren Bremens und eines Löschdampfers das Gebäude völlig in Asche legte.



Die Bonzen haben abgegrüßigt

Die Metallarbeiterverammlung der Reformisten unter Artikel — Mobilisiert die Betriebe unter der Führung der R.G.O.

Frappant 200 Metallarbeiter waren von den Tausenden orientierten Kollegen des D.M. in der Mitgliederverammlung am Sonntag im „Volksparl.“ erschienen. Während in der anschließenden alle übrigen Verammlungen der Arbeiterklasse überaus war bei dieser die Plette zu erkennen, die Plette der Metallarbeiter gehen nichts mehr auf die Führung der Arbeiter, Dreher, König und Konforten.

Er war übrigens selbst nicht anwesend. Er hatte es vorgezogen die Brandbriefe vorzuschicken. Die rührten dann auch den Unmut der in der Verammlung zurecht. Die wenigen Metallarbeiter, die noch etwas auf die Haltung der Bürokratie zu erfinden entschuldigt worden. Ein sozialdemokratischer erklärte wörtlich:

„Wir wie nicht den Streik organisieren, dann geht es uns genau so wie den Berliner Metallarbeitern...“

Ein sozialdemokratischer Kollege blieb mit seiner Meinung nicht. Von dem größten Teil der Verammlungsteilnehmer ist nicht. Es sprach unter dem Vorfall der Verammlung die Kollegen der R.G.O. Sie machten ihre Vorschläge, die Anträge ein zur Streikmobilisierung. Vor allem versuchte die Einberufung einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung. Alles das hörte die branderillischen Bonzen nicht an. Sie gingen sie über die Anträge der Opposition hinweg. Artikel. Kollege lief erregt:

„Das heißt bei uns passiert wie in Berlin und Nordwest, dann ist der D.M. erledigt.“

Verammlung ging auseinander ohne jede politische Stellung. Kein Gedanke an Mobilisierung zum Kampf. Die Bonzen eine Mitgliederverammlung abschalten, damit sie eben nicht können, daß sie eine Verammlung machen mit dem Ziel der Verammlung.

„Arbeitgeber! Ihr müßt Euren Streik selbst organisieren! In Mitgliederverammlung Stellung zum Tarifstreik der R.G.O.! Stellt eräusend betriebliche Forderungen. Wählt vorbereitende Kampfkommisshen. Sendet Eure Delegation am 21. Dezember stattfindenden Metallarbeiterdelegiertenkongress nach Halle.“

Tonproleten, Ihr müßt kämpfen!

Wollt Ihr willenlos verhungern?

In den Dommitzsch Tonwerken (Koblenzfabrik) wurde die Arbeit der Lohn um 3 Pf. pro Stunde gekürzt. Es ging um den Kampf der Arbeiter, aber die Belegschaft wagte den Kampf aufzunehmen, und den Streik zu proklamieren. Es wurde nur vier Tage gearbeitet und dennoch einen Lohn um 3 Pf. pro Stunde gekürzt. Die Arbeiter, die sich nicht Eurer Familie schuldig, Eure Arbeit ist nicht möglich zu verkaufen. Denkt Ihr wieder, daß Ihr Euch nicht mehr durch Ihr habt häßliche Arbeit die gekürzte Entlohnung? Nein, Kollegen, Kampfesmut und Willenskraft führt zum Sieg. Auch Ihr könnt und werdet in Zeit in die Erntebiolonarmee mit eingereiht werden, und Ihr noch mehr den Hungerkriegen zusammenschließen und noch länger Euch gefügig lasst.

In diesem Betrieb nicht allein sind die Lohnabläufe zu verurteilen, sondern auch in der Deutschen Tonwarenfabrik hat man die Arbeiter um 3 Pf. pro Stunde gekürzt. Einige von den Werksvereinigten ein Bonze hier. Er hat versprochen, wie man am besten den Arbeitern den Lohn senken kann. Es ist ihm wirklich gelungen, den Arbeitern den geringen Lohn zu beschneiden. Eine Frage muss hier aufgeworfen werden: So lange der Werksführer im Kontor verhandelt hat, was zum Gewinn der Bonzen Reiter nichts zu haben. Und wenn man wäre, dann wäre die Kiste genau so gekommen, wie auch noch schlimmer.

Unter der Dommitzsch Tonwarenfabrik, jetzt steht Ihr es ist die Opposition im Juli recht hatte und den Streik organisierte eine bessere Lebensweise. Was hat der größte Teil der Arbeiter gemacht? Die Kollegen haben sich zu Streikbrüchern ernennen lassen. Dafür bekommen sie heute vom Unternehmer Lohn in Form des Abzuges. Werksleitungen, müßt Ihr nicht aufpassen und aus den arbeitereigenen Organen austreten, die mit helfen, Euch zu quälen? Kämpft mit der R.G.O. Erst dann werden bessere Verhältnisse für die Arbeiter geschaffen werden können. Niemand mit diesen Bonzen des Profiteurs und den Kampf geführt für ein Leben!

Der „Sozialismus“ marschiert...

„Polizeibonzen — Bonzenpolizei...“

Sozialistische Arbeitervertreter können auch Gewerkschaftsmitgliederverammlungen nur unter dem Schutze der Polizei durchführen

Am Lohntag wird gesammelt! Drei mitteldeutsche Bergarbeiter

fahren zur internationalen Bergarbeiterkonferenz in... Essen. Die Delegationskosten müssen vom Bezieher aufgebracht werden. Es stehen uns keine Gelder der Schatzkammer zur Verfügung. Jeder Kumpel leistet seinen Beitrag in seinem eigenen Interesse zur Vorbereitung des Kampfes. Trotz des Bonzenrates mobilisiert die Betriebe, zeichnet auf die Sammelstätten, rechnet die Kosten ab. Bezieherkomitee der R.G.O.

U.A. In Merseburg zeigte sich bei der Metallarbeiterverammlung, die am vergangenen Freitag im „Volksparl.“ stattfand, daß die Gewerkschaftsbürokraten ohne Belieben keine Mitgliederverammlungen des Bergbaues abzuhalten wegen Akt Schutzbewache waren aufgegeben, um die Vertrauensleute Tenhagen und Walter zu schützen. Die Opposition machte in der Verammlung sofort einen Vorstoß gegen die Herbeiführung der Beamten Tenhagen schwindelte alles ab, er wußte noch nichts, er hätte keine Beamten bestellt, und als der laifam bekannte Kumpel von der Opposition aufgefordert wurde, für die Entfernung der Schupos zu sorgen, erklärte er wörtlich: „Ich bin doch nicht Euer Laubhühner.“ Die Opposition stellte die Vertrauensleute im Falle reformistischer Kollegen wegen ihrer Anwesenheit zur Rede. Klipp und klar antworteten sie:

„Der Deutsche Metallarbeiterverband hat uns bestellt!“

Die Genossen der R.G.O. setzten darauf in der Mitgliederverammlung die Entfernung der Polizei durch. Sogar sozialdemokratischen Kollegen war die Handlungsweise der Bonzen unüber. Die acht Beamten zogen ab. Die Polizei ist also für die Bonzen da — Bonzenpolizei, die Beamten müssen prüfen, nicht aus — Bonzenpolizei. Die Bonzen kommen ohne Polizei nicht aus — Bonzenpolizei!

Tenhagens Vortrag über den Berliner Kampf war ein hilfloses Zeugnis. Es waren nichtssagende Redensarten, die von der Opposition mühelos zerlegt wurden. Unsere Genossen drangen auf die ausgiebige Behandlung des bevorstehenden mitteldeutschen Kampfes. Hier entließ Tenhagen das Geländnis (wie bereits im „Klassenkampf“ berichtet wurde), daß ein Metallarbeiterstreik zur Zeit unzulässig sei (!). Die Opposition war mit harter Widerpart vertreten. Den Bonzen gelang es aber dennoch, einen Ab-

Gerade jetzt höchste Aktivität!

Heraus zu den Bergarbeiterverammlungen am Sonnabend und Sonntag

Die Bergarbeiterbonzen glauben, daß sie Euch wiederstandslos verschlucken haben an die kapitalistischen Profitschinder. Duldet nicht den Bonzenverrat! Seht Euch selbst die Mitgliederverammlungen! Seht der allem die Bezieherkongresse der reformistischen Bürokratie am kommenden Sonntag unter Druck. Beschließt den Streik!

In folgenden U-Bezirken soll sofort für Sonnabend und Sonntag und in den weiteren Wochen öffentliche Bergarbeiterverammlungen mit folgendem Thema angesetzt:

„Der Kampf der Bergarbeiter, Sozialismus, Massenentlassungen und Lohnraub in Deutschland. Sozialismus und Arbeitermangel in der Sowjetunion.“

Verammlungsplan:

- U. Weissenfels in den Orten Zschern, Zipsendorf, Hohenmölsen, Mulchwitz.
 - U. Merseburg in den Orten Mücheln, Neunorf, Frankleben, Zützenhof, Oberbeuna.
 - U. Saalfeld in den Orten Ammendorf, Gröbers und Brudersdorf.
 - U. Viehmedera in den Orten Rodwis, Dölshäide, Kleinleipisch, Grünwalde.
 - U. Bitterfeld in den Orten Holzweißig, Sandersdorf, Golpa, Zschornowitz, Bergwitz.
 - U. Mansfeld (Braunkohle) in den Orten Teutschenthal, Jappenhof, Stedten.
 - U. Mansfeld (Eis) in den Orten Eisleben, Helbra, Ahlsdorf, Hettstedt, Gersteb.
- Die Organisationsleitungen haben sofort in Verbindung mit den Unterbezugsleitungen und Arbeitsbezugsleitungen die Lokale festzulegen und umgehend Termine mitzuteilen. In den wichtigsten Orten des Bezirkes werden Bezieherkongresse vermittelt, während die übrigen Verammlungen mit U-Bezieherkongressen belegt werden müssen. Bezieherkomitee der R.G.O.

würigungsantrag auf Schluß der Debatte durchzubringen. Anmutig gingen die Metallarbeiter von der Verammlung nach Hause. Ein Beweis mehr dafür, daß es die höchste Zeit ist, den Bonzen überhaupt das Wort zu entziehen und auch in den Mitgliederverammlungen der Gewerkschaften als R.G.O. mit allen Mitteln an die Organisation der Kämpfe heranzugehen.

U.A. In einer Mitgliederverammlung des Bergbauindustriearbeiterverbandes in Teutschenthal verurteilte der Gewerkschaftsbürokrat Andreas den Bergarbeitern die Abmürzung der Arbeitsleistung im mitteldeutschen Bergbau schmachhaft zu machen. Und wußt nun die Bergarbeiter in Folge des bisherigen reformistischen Verrates sehr mitschuldig zu den Bergarbeiterführern geworden sind und in letzter Zeit in Mitgliederverammlungen mit den sogenannten Führern abgeredet haben, waren zum Schutze des Bonzen drei Vorkämpfer vor dem Verammlungspodium. Bei Beginn der Verammlung waren sie sofort im Verammlungspodium anwesend.

Wenn die Bergarbeiter bisher noch nicht erkannt hatten, daß der Bonzenverrat in der jetzigen Bewegung schon perfekt ist, so haben sie es bestimmt erkannt nach der Lohnabnahme des Jahres.

„Mächtigsten“ und „Kommunisten“, in Folge der Wirtschaftskrise, der schlechten Organisation und dem zu starken Auftreten der Unternehmer, das waren die Tiraden, das A und O der Rede Andreas. In der Diskussion reednete die Opposition gründlich mit ihm ab. Ein R.G.O. Vertreter nach dem anderen sprach unter harter Zustimmung der Bergarbeiter. Eine Entschlüsselung aus der Mitte der Arbeiter, die von einem Anhänger der R.G.O. verlesen wurde, veranlaßte sofortigen Kampf gegen die Bürokratie, das Unternehmertum und den Sozialismus. Die Situation wurde für den Bonzen dreistig und es setzte durch eine starke Rede gegen die R.G.O. ein. Durch Verdrängungsmittel in der Abmürzung wurde dann schnell eine reformistische Entschlüsselung zur Zustimmung gebracht und mit schamloser Mehrheit angenommen.

Die Verammlung zeigte, daß ein großes Mißtrauen und große Erregung gegen die Bonzen unter den Bergarbeitern besteht, aber das genügt nicht, um der Vererrat der Reformisten sowie die Lohnraubentwürfe des Unternehmertums abzuwehren, sondern die Bergarbeiter müssen sich aus in den Betrieben lösen. Infolge harter Betriebsgruppen der R.G.O., vorbereitende Kampfkommisshen wählen, um unter Führung der R.G.O. Streiks auszuführen und zu führen.

Eine Massenbahn muss geschaffen werden, wenn die Massenorganisation innerhalb der Bergarbeiterklasse von denen Familien befreit werden soll.

Kampfes, heraus am nächsten Sonntag zu den von der R.G.O. einberufenen öffentlichen Bergarbeiterverammlungen, in denen neben dem Thema: „Kampf der Bergarbeiter“ ein R.G.O. Vertreter spricht über: „Sozialismus und Arbeitermangel in der Sowjetunion, Sozialismus, Massenentlassungen und Lohnraub in Deutschland!“

Wichtige Sitzungen und Konferenzen Nahrungsmittel- und Geträufearbeiter!

Am Sonntag, dem 21. Dezember, 10 Uhr, findet im Lokal Otto Albrecht, Universitätsstr. 17, eine wichtige Fraktionsführung der R.G.O. statt. Alle oppositionellen Parteimitglieder und Kollegen müssen erscheinen.



Für 20 Pfennig bekommen Sie 'Ata'

Henkel's ausgezeichnetes Putz- u. Scheuermittel in der praktischen Streufflasche.

Warum mehr anlegen? Lassen Sie Ata noch heute holen, wenn Sie es nicht kennen! Für wenig Geld und ohne große Mühe schafft Ihnen Ata blitzende Reinlichkeit in Küche und Haus. Ata ist zuverlässig, es schmiert und schrammt nicht, sondern sichert schonendste Behandlung aller Gerätschaften. Ein Versuch beweist es Ihnen.

putzt und scheuert alles

Hergestellt in den weltbekannten Persilwerken.

Kennen Sie schon das jüngste Erzeugnis der Persilwerke: Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel?



Donnerstag, 18. Dezember 1930.

Polizeiterror vom 6. März am Branger Montre-Prozess gegen den „Klassenkampf“ — 80 Zeugen marschieren auf!

Der Gummistückel ist nicht nur jetzt, zu Hungermärschen 1930, Patentmittel zur Überhaltung der hungernden, sich zum Angriff gegen das Kapital und seine Lafaien formierenden Massen. Er ist es schon viel länger. Dieser Gummistückel ist neben noch härteren Waffen nicht nur Symbol für Hungerweihnachten 1930, sondern Symbol des Herren Kapitalismus.

Die Radikalisierung der wertfähigen Klassen, ihr Wille zum Kampf und zum Angriff gegen die Bourgeoisie wächst im gleichen Maße wie die Zahl ihrer Wästel, die auf Wärmehüllen und Graupenjauche angefüllt sind.

Dieser Kampfwillige kam auch im Frühjahr dieses Jahres gelegentlich bei den Kampftagen gegen die Weltkapitalisierung, fest zum Ausdruck. In diesem Zuge, am 6. März 1930, kam es nicht nur zu großen Massenunbedungen, sondern es kam trotz Verbots auch in Halle zu gemäßigten Demonstrationen und Hungermärschen, die sogar die Banneville berührten.

Die Bourgeoisie hat sich für diese Hungermärsche gerächt. Sie und ihre sozialfaschistischen Lafaien haben die Gummistückelente gegen die Hungerarme ins Feld geführt. Die heillosen politischen Verhältnisse sind noch in aller Gedächtnis. In Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidenten Dergle, die die heillosen politischen Verhältnisse angegriffen wurden, fand der hallesche Polizeipräsident Dergle noch den traurigen Witz, sich durch die Festlegung dieser Lafaien „beleidigt“ zu fühlen. Er erhob Klage gegen die Genossen Berling und Rademann, die damals für die im „Klassenkampf“ erschienenen Tagesberichte verantwortlich gemeldet.

Am Sonnabend, dem 20. Dezember, findet nunmehr vor dem Schöffengericht in Halle, Preußentier 16

Prozess gegen die Genossen Berling und Rademann

Hatt. Die Klassenjustiz hat sich rechtlich um die Sinauscheidung dieses Prozesses bemerkt, weil die Richter nicht wissen, daß die Genossen nicht Angeklagte, sondern Kläger sind. Kläger gegen für die schändlichen Verhältnisse der 6. und 8. März oder dem vorläufigen Polizeipräsidenten Dergle, Kläger gegen das von der Dergle-Polizei und auch von der Klassenjustiz selbst geführte kapitalistische Hungermittel.

In diesem Prozess sind 80 Zeugen geladen worden und es ist auch eine mündliche Verhandlung vorgesehen. Es stehen, die unsere Genossen unter anderem dem Beweisbeweis für die kapitalistische Ermordung der beiden Jüngerlichen Arbeiter anstreben werden.

Aber auch Herr Dergle hat Häuptlinge seiner Polizeikräfte, einzelne Bourgeoisie und auch Spiegel zusammengetrieben, die er als „Zeugen“ aufmarschieren lassen will.

Nichtbekannt und auch ganz abseits vom Ausgang des Prozesses ist die Sache der Dergle-Polizei und das von ihr geführte kapitalistische Hungermittel.

Selbstmordveruche in der Arretzelle und im Bahnhofslorett

Gehtern gegen 9:45 Uhr verurteilte sich ein auf Grund eines richterlichen Beschlusses inkompetenten Steinleger in der Arretzelle des 10. 8. in Halle in der Arretzelle zu nehmen, indem er sich sein ungeladener Totenschritt tief in den Mund gesteckt hatte. Durch das Hinaufsteigen eines Polizeibeamten wurde er an seinen Würden gebunden. — Gehtern gegen 12:50 Uhr verurteilte sich ein 38-jähriger Arbeiter in der Kellerräume des Hauptbahnhofs mit einem Messer in der Kehle zu durchdringen. Er wurde an der weiteren Durchdringung seines Kehlkopfes abgehalten und nach Anlegung eines Notverbandes der Unterärztlichen jugendigt.

Erhängt!

Gehtern gegen 8 Uhr wurde eine 33-jährige Frau in der Küche ihrer Wohnung in der Gantstraße von ihrem Ehemann erhängt aufgefunden. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Die Frau war schwer nervenleidend und soll die Tat in geistiger Umnachtung ausgeführt haben.

Ein Arbeiter in der Saale ertrunken

Am Dienstag gegen 16:45 Uhr hatten sich mit Baggern beschäftigte Arbeiter ihren Kahn über den Sandvorsprung am Hübnerberg Wehr gezogen, anstatt die Schleufe zu benutzen. Dabei lief der Kahn voll Wasser und versank. Einer der Arbeiter konnte sich schwimmend retten, während der andere, der Arbeiter Karl Dinter, 46 Jahre alt, Schilddrüse 18 wohnhaft, ertrunken ist. Die Rettungsarbeiten nach ihm waren bisher erfolglos.

Die Einbrüche häufen sich — Eine Ercheinung des Massenlebens

In der Nacht zum 16. Dezember ist durch Einbruch in der Wollfabrik in Halle zwei Zehner Buntglasfenster zertrümmert worden und Blicke gestohlen worden. Die Täter haben das Diebstahl an gelohlene Blicke verpöht und mit Fortzug, wahrscheinlich fortzuziehen, fortgezogen.

Eine Wildtate im Zoo

Immer wieder ist darauf hingewiesen worden, daß eine der Hauptaufgaben der Zoologischen Gärten auch darin besteht, die heimische Tierwelt zu zeigen. Auch unter den einheimischen Tieren gibt es Ködlerarten, die einen ebenso großen Seitenwert darstellen wie exotische Tiere. Da es sich besonders zu begreifen, daß Freunde des Gartens sich bereit gefunden haben, ein leichter zu erlangen Tier, das bei bereits einige Zeit gepflegt hatten, jetzt der Allgemeinheit im Zoologischen Garten zugänglich zu machen. Es handelt sich um eine Wildtate, die es beklammert immer noch im Park gibt und die seit mehr als 20 Jahren nicht mehr im Bild unter den Besuchern war. Die Käse ist in der Nähe von Bergnergebirge lebend und unzerlegt gefangen worden und weist alle Merkmale der echten Wildtate auf. Das Tier ist in dem Käse an den Hirsgehögen, lödrig gegenüber den Kaffeehaus untergebracht.

Wollfabrik-Theater. Morgen ist die Premiere von Franz Lehars beliebter Operette „Der Rosenkrieger“.

Das Proletariat von Halle auf die Straße

Zu feige

find die Nationalsozialisten, indem sie trotz ihrer Großmütigkeit den Kommunisten ihren Beizumlingen das Wort verweigern. Zu feige sind auch die Sozialdemokraten, die sich hauptsächlich im Scheitern Kampf gegen den Faschismus anlagen, und hinterher vor dem Scheitern kapitulieren.

In Halle werden die Sozialdemokraten von den Nazis angefordert, in ihren Beizumlingen zu sprechen. Die Sozialisten mögen es nicht, dieser Aufforderung Folge zu leisten, sondern haben es vorgezogen, unter niedrigeren Umständen der Hakenkreuzflagge in Halle das Feld zu überlassen.

In Magdeburg haben die Nazis den Sozialdemokraten in ihrer Hülfe-Rundgebung das Wort verweigert. Die Polizei, die die Kommunistische Partei und das Reichsbanner gegenständlich haben, die Hülfe-Rundgebung hat die antisozialistische Rundgebung der SPD, ebenso wie die angelegte Rundgebung des Reichsbanners verboten.

Im Rheinland haben sich Faschisten, isoliert und nationaler Führung, nämlich der Sozialdemokrat Brüning und der Parteiführer jeder gemäßigten bestimmen und führen eine friedliche Auseinandersetzung darüber, wer wohl für sich in imperialistischer Weise in Anspruch nehmen könne, den deutschen Kapitalismus vor der Revolution gerettet und die nationalsozialistische Weltlage der Bourgeoisie am meisten verbeide zu haben.

National- und Sozialfaschisten sind die Feinde aller Werktätigen, sie verheiden das bankrot kapitalistische System, sie fördern die Auszehrung und Ausplünderung der Massen, sie führen gemeinschaftlich den Terror gegen das revolutionäre Proletariat!

Die Sozialfaschisten haben in Halle ihren Waffenbrüdern vom Hakenkreuz das Feld überlassen!

Das hallesche Proletariat wird es nicht dulden, daß die nationalsozialistischen Mordbanditen ihren Betrag ohne die proletarische Gegenantwort an den Mann bringen können. Morgen werden die Werktätigen von Halle den

Marsch gegen den Faschismus

antreten und eine gewaltige Massenkundgebung durchführen. Morgen abend 6 Uhr auf dem Paraplatz heraus zur Kampfansage gegen die faschistische Diktatur und ihre national- und sozialfaschistischen Stützen.

Es spricht der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Koenen!

Verbotshetze gegen den „Klassenkampf“

Die „Saale-Zeitung“ legt die von MATHY eingeleitete Verbotshetze gegen den „Klassenkampf“ fort. Die Erklärung der Kommunisten zu der Beschimpfung der Erwerbslosen durch MATHY

Wir wieder bereits geltend darauf hin, daß der Bürgerblut-Verbotshetze MATHY die Unverhältnismäßigkeit besteht, den „Klassenkampf“ auf Grund des § 11 des Verordnungs zur Veröffentlichung einer „Berichtigungs-“ zu zwingen, in welcher die Tatfrage, daß MATHY in der am Montag hatteilgenannten Stadtverordnetenversammlung die Erwerbslosen als Lumpen bezeichnet, in Worte gefaßt wird. Der „Klassenkampf“ hat selbstverständlich abgelehnt, diese Berichtigung, die geltend von der „Saale-Zeitung“ und den halleschen Nachrichten“ abgedruckt wurde, zu veröffentlichen. Dafür veröffentlichen wir an dieser Stelle folgende

Defensitive Erklärung

„Die Unterzeichneten erklären zu den Vorermittlungen in der am 15. Dezember 1930 stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung bezüglich der Bezeichnung der Stadtverordneten MATHY über die Erwerbslosen folgenden:

Es entspricht den Tatsachen, daß der Stadtverordnete MATHY während der Demonstration der Erwerbslosen auf dem Marktplatz im Sitzungssaal, und zwar am Freitag in Gegenwart mehrerer Stadtverordneter, er mich und ein halbes Dutzend anderer Erwerbsloser und Beschimpfungen über die Erwerbslosen fallen gelassen und dabei den Ausdruck „Lumpen“ gebraucht hat. MATHY erklärte im Verlaufe einer Auseinandersetzung mit dem Stadtverordneten Wobbel unangehörig folgenden: „Die Steele da unten hier ist auch bloß von dem „kommunistischen Dreckschmutz“ ausgeleitet worden, es ist nur Schmutz, das was diese Lumpen nicht lehren lassen kann.“ Die Bezeichnung „Lumpen“ bezog sich unmissverständlich auf die auf dem Marktplatz demonstrierenden Erwerbslosen. Wenn MATHY hinterher seine getane Bekehrung betreibt, so erklären wir ihm in aller Öffentlichkeit als Ungeheuer. Diese Feststellungen halten wir unter allen Umständen anrecht, da sie den Tatsachen entsprechen. Dem Stadtverordneten MATHY steht nichts im Wege, um wegen dieser Erklärung zu verurteilen.“

Unterzeichneten: Kurt Wobbel, Hilde Wehmann, Arthur Rohr, Paul Rasemann, Otto Härtel, Stadtverordnete. Bruno Korte, Redakteur.

„Herr MATHY beschimpft die Erwerbslosen.“

Am Bericht selbst wird dann folgende interessante Darstellung gegeben:

„Herr MATHY hat Herr MATHY auf, von einer von jeder Halle geborenen erregte Auseinandersetzung mit Herrn Wobbel am Freitag in die Debatte und zeigte durch seine Redensarten in denen er das bereits gegen die Erwerbslosen angewandte Wort „Lumpen“ abermals, diesmal gegen die Heber vom „Klassenkampf“ schweberte, die Kommunisten so hart, daß sie zum Lachen kamen.“

Durch diese Erklärung ist zugleich auch der hundertgeleitete Schwindler der „Saale-Zeitung“ entlarvt, die in ihrer geistigen Ausgabe behauptet, daß es dem „Klassenkampf“ nur darauf ankomme, gegen einen bürgerlichen Stadtverordneten zu hetzen. Der in der Stadtverordnetenversammlung am Montag der „Klassenkampf“ hat die gesamte Beschimpfung der Erwerbslosen durch MATHY selbst mit gehört, da er sich in diesem Augenblick nicht am Freistell, sondern mit mehreren Stadtverordneten am Fenster befand.

MATHY hat sich in dieser Stadtverordnetenversammlung die ungeheuerlichen Propagandas geleistet, die man sich nur denken kann. Überhaupt werden Arbeiter von Halle beißt das Vorgehen der kommunistischen Stadtverordnetenaktion in dem Augenblick, wo ein Vertreter des Reichsparlaments die Erwerbslosen beschimpft und offen zum Verbot der Kommunistischen Partei und ihrer Presse aufruft. Die Empörung der wertfähigen Bevölkerung über die Propaganda MATHYs ist ungeheuer. Daran ändert auch nichts das heftigste Geheiß der „Saale-Zeitung“ gegen den „Klassenkampf“ und die Süßwasser in den Parteipräsidenten Dergle.

Diese niederträchtige Verbotshetze, an deren Spitze die falsche städtische „Saale-Zeitung“ steht, dokumentiert uns die ohnmächtige Wur der Faschisten über den unzulänglichen Fortschritt des revolutionären Proletariats. Die revolutionären Arbeiter lassen sich nicht

Diese Darstellung läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und entspricht im wesentlichen den Tatsachen. Es ist hier auch die Rede davon, daß die Faschisten der Stadtverordnete MATHY Herrn MATHY das Wort „Lumpen“ in dem Mund gelegt hat. Wir weisen aber Herr MATHY auf dem „Klassenkampf“ entgegen, daß die „Saale-Zeitung“ gegen ihn und der tapere Gottlieb Kasperke, nichts eilfertig zu tun, als vor dem Vertreter der Deutschen Arbeiterpartei am 15. Dezember 1930, die Faschisten zum Verbot der „Saale-Zeitung“ zu verurteilen, auch wenn es jetzt noch keine eigenen Darstellung abrid. Auch das komponierte Verbrechen MATHYs wird durch den gemeinsamen Umfall des SPD-Politikers nicht wieder hergeleitet werden können. Über die erklärliche Haltung des „Klassenkampfes“ das bis hinüber zum Reichsparlament bis des Bürgerblut-Feld, wird dadurch das der Mitglieder in Halle zum Bewußtsein kommen.

Große Erfolge der Roten Agitatoren

Der Aufbruch der wertfähigen Verbraucher zu den Verteilung der Roten Agitatoren, die mit ihrem Konjunkturprogramm den einzelnen Verteilungsteilnehmern des HAK, allenthalben aufzutreten, wird immer größer. In Saanemünde waren gestern abend annähernd 130 Personen bei der Aufklärung anwesend, mit großer Begeisterung den von den Roten Agitatoren verteilten Konjunkturprogrammen folgten. 16 Hausparten löste ein neues Mitglied für den HAK, wurden gemonnen. 5 Markt-Sparpläne wurde gemeldet und 200 Mark weitere Sparpläne angekauft. Heute abend fanden die Roten Agitatoren in Wismar bei Silberg im Lokal Rauschenschank, am Sonnabend treten sie Rausch auf.

Erwerbslose Metallarbeiter von Halle!

Am Freitag, 14 Uhr, findet im Produktions-Saal eine mächtige Versammlung für alle erwerbslosen Metallarbeiter von Halle statt. Tagesordnung: Stellungnahme zum bevorstehenden Kampftag in der mitteldeutschen Metallindustrie.

Stabsnummer. Gehtern gegen 7 Uhr wurde ein 27-jähriger Arbeiter auf dem Eisenbahnübergang der Hallesche Strasse bei der Aufklärung der Metallarbeiter von Halle, die heute abend 6 Uhr in den Eisenbahnübergang am Sonnabend treten sie Rausch auf.

Achtung, Parteigenossen!

Die Parteiarbeiterkonferenz vom Montag, dem 15. Dezember, hat folgenden Beschluß gefaßt:

Heute, Donnerstag, am 20 Uhr

Außerordentliche Mitgliederversammlung

Thema: Unser Kampf gegen die faschistische Diktatur

Eintritt: Alle! Sympathisierende haben Eintritt!

Korben bei Barth, Kienertgasse. Referent Genosse Nitzsch. Wobbel: Wobbel. Referent Genosse Schliebs. Zentrum: „Goldene Rette“. Referent Genosse Heilmann. Süden: „Vosts Hof“. Referent Genosse Dolger. Schwaben: Lokal Reinrich. Referent Genosse Koth. Dän: Lokal Höfner, Kurze Gasse. Referent Genosse Wehnte. Parteiführer ist als Hausweil mitzubringen.

Die Stadtfeststellungen der SPD, Halle.

Wasmürige Kre...
U.S. Die öffentlichen Wohlfühlungen wurden die...
Das gegen wurde auf Redieren Faschisten...
Ein zu gleich wurde in die...
Gollgas fehr...
rethen...
In der 3...
die Hundert...
stämpfenden...
hafft und...
handelt...
Trotz Polzei...
Obgleich die...
das feige...
Berlammung...
Arbeiter von...
den Faschismus...
präsidenten...
Stimus fämpfen...
gemäßigband...
Über die...
gegen den...
und gegen den...
Ergebnis...
Zu dem am...
in 2 3/4...
lassen, da...
Nachdem...
drei...
Ertlinger...
Genosse...
Genosse...
Wah...
unwah...
gelagt...
auch nach...
Arbeitern...
H...
die...
Die...
spricht...
Wie man...
Wiele unfer...
weld großer...
Kampfgew...
mit dem...
Dement...
Kleinbauern...
wenden...
Ich komme...
Kleinbauern...
die vielen...
mit den...
haltung der...
schaft...
Interessen...
und lagte...
dort keine...
Er...
bestand...
haltung der...
Meber einen...
Wobbel...
am...
wurde...
meine...
Dieser...
auf...
haben...
Ein...
waren...
auf...
Genossen...
Was...
Möchten...
Nun...
unfer...
die...
sollen...
Wir...
folcher...

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Mansfeld-Sangerhausen

Heberall kommen die Werktätigen zur Partei des Klassenkampfes

U.A. Hundeshagen. Die öffentliche Versammlung am 18. Dezember war gut besucht. Die Genossen Marzette, Tagerer aus Halle, gab einen anregenden Vortrag über die Aufgaben der Arbeiterpartei und die Bedeutung der Partei für die Arbeiterklasse. Die Versammlung wurde mit allgemeiner Zustimmung geschlossen.

In der Diskussion sprach ein Herrlicher Kolonist und er wurde durch zahlreiche Anträge der Arbeiter geschlossen durchgenommen. Als der Genosse Wert aus Döberitz dann das Wort nahm und die Ausführungen der Genossen Kretschmer über die Bedeutung der Arbeiterpartei für die Arbeiterklasse erläuterte, wurde er durch den Genossen Wert aus Döberitz durchgenommen.

Anschließend sprach dann noch Genosse Junke vom Erwerbslosen-ausschuss über die Notwendigkeit des Organisations- und Kampfes der Arbeiterpartei für die Arbeiterklasse.

Sechs Vorkämpfer für die Kommunistische Partei waren das Ergebnis der Versammlung. Außerdem wurden eine große Anzahl Broschüren verkauft. — Weiter zu berichten, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Weiter 10

U.A. Hähnstedt. In der am 13. Dezember stattgefundenen öffentlichen Versammlung der KPD, gab die Genossen Seidel einen anregenden Vortrag. Anlässlich wurde der Vortrag von dem zahlreich erschienenen, hochbetagten Arbeiter, entgegengenommen. Die Genossen Seidel verband ein Band von Tatsachen, die grundsätzliche Unterschiede aufzeigten, die zwischen Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion im Gegensatz zu den erbärmlichen Verhältnissen bestehen in Europa-Deutschland bestehen. Vor vollem Verständnis brachte die Versammlung zum Ausdruck durch den folgenden Text.

6 Frauen und 4 Männer erklärten ihren Eintritt in die Kommunistische Partei.

Der Arbeiterschaft von Hähnstedt rufen wir zu: Kommt weiter in solchen Jahrgängen zu uns!

Kämpft weiter mit uns bis zum gemeinsamen Ziel: Niederdrückung des Kapitalismus, Errichtung eines freier-Deutschlands.

Appell an alle Parteimitglieder der Stadt-Organisation Sangerhausen

Am Freitag, den 19. Dezember, findet im Lokal „Tiroli“, abends 8 Uhr, die von der Stadt- und Betriebskommission sowie den Dorfgemeinschaften vorbereitete Stadtdelégierten-Konferenz statt, zu der alle Parteimitglieder zu erscheinen haben. Die in den Zellen gehaltenen Stadtdelégierten haben grundsätzlich zu der folgenden Zeit anwesend zu sein. Mitglieder sind auf alle Fälle mitzubringen. Genossen! Auf zur Stadtdelégierten-Konferenz. Wir schmieden die Waffen zu neuen Kämpfen!

Bitterfeld-Wittenberg

Wann noch keine Not durchgemacht. Es ist eine Schande, wie man mit den Erwerbslosen Schindler treibt.

Wir fordern mit allem Nachdruck die Bereitstellung einer Wohnhalle!

Denken die Herren denn, mit einem Zentner Briefchen kann man das ganze Jahr sich eine warme Stube halten?

Erwerbslose von Bitterfeld, lauft Sturm gegen die Gefängnisse!

Den Chemiegewerkschaften müsst man alles in den Rücken, aber die Erwerbslosen läßt man verhungern und erfrieren.

Zur Interessengruppe der Werktätigen liegen Kommunisten ins Gefängnis

Der Kampf geht weiter

U.A. Bitterfeld. Unter Genosse Sondershausen als Stadtvorkämpfer, welcher die Stadtdelégation der „Roten Arbeiter“ verantwortlich gemacht hat, bekam am Freitag, dem 12. Dezember, einen Strafbefehl zugewiesen, von einem Monat Gefängnis und 42 M. Geldstrafe. Da die Kommunisten in ihrer Stadtdelégation aufgeführt sind, die Steuern zu vermeiden, und wenn es sein muß, in den Steuerakt zu treten, bekam unser Genosse Sondershausen diese Strafe auferlegt.

Nun, ihr Arbeiter von Bitterfeld und ihr Gewerkschaften, erhebt nunmehr die Steuern, die Stadt Bitterfeld soll an die J. G. heranziehen, welche wirklich der Stadt noch laubhaftig schuldet, doch darüber werden wir einen ausführlichen Bericht in unserer nächsten Stadtdelégation geben.

Wir können die Herren vom Magistrat, wer hat er erlaubt, den Genossen Sondershausen anzufassen vor Gericht? Hier muß unbedingt Klarheit geschaffen werden.

Wir fordern hiermit alle Arbeiter auf, sich einzureihen in die Kommunistische Partei.

Für den Genossen Sondershausen müssen Hunderte neuer Kämpfer sich einreihen. Sinaus mit den Schmachwürdigen, wie die „Freie Presse“, „Allgemeiner Anzeiger“, und der „Ratzeburger“, dem „Bitterfelder Tageblatt“!

Wittenberg. Kampfbund gegen den Faschismus. Freitag, den 19. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Bitterfeld-Vorversammlung.

In alle Ortsgruppenvorstände der KPD.

Wir erwarten, daß die Arbeiter gemäß unserem Mandatbereits für den Kampf genommen sind. Eine Anzahl Austritte haben wir inzwischen erhalten. Dennoch müssen wir alle beauftragten Genossen dringend bitten, in jenem in die Arbeit zu gehen und lauten die gewonnenen Beiträge an den Verlag einzubringen. Sichert eure Preise. Selbst alle mit.

Verlag Klassenkampf, Halle.

Bund der Freunde der KPD.

Wollen, Freitag, 19. Dezember, 18 Uhr, Mitglieder-Vorversammlung. Gäre willkommen. Grönke, Berger, anwesend. Lokal: Bitterfeld. 6 Uhr, Kaiserstrasse. Zeit, Freitag, Donnerstag, 18 Uhr bei Berlin. 6 Uhr, Auguststraße. Zeit, Freitag, Donnerstag, 18 Uhr bei Berlin.

Jug-Spartakus-Bund

Halle. Abends, am Donnerstag treffen sich alle Mitglieder 17 Uhr im „Luchs Hof“.

Halle. Wie können beteiligten sich am Jahresabschluss der KPD, am Freitag, 19. Dezember, im großen „Rotesport“-Saal. Freitag abends 8 Uhr bei Spinnerei.

Noten Hilfe

Vom 1. bis 15. Dezember, 20. Dezember, 20 Uhr, im Lokal „Stadt Leipzig“.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit (Dau 1. 1. 1918)

Geschäftsstelle: Freitag, 19. Dezember, 18 Uhr, öffentliche Versammlung, Heberall Genosse Thomas, Bitterfeld.

Ihr in dieser faschistischen Organisation nur als Werkzeug für das Kapital gebraucht werden.

Darum ruft euch zu: Sinaus in die KPD, und die KPD! Sinaus in den Kampfband gegen Faschismus!

Bei Wind und Wetter auf dem Felde — Verdien: ein Reichsmark pro Tag

U.A. Torgau. Wie das Arbeitsamt mit erwerbslosen Frauen und Mädchen umgeht, dem nachfolgender Bericht. Zehn bis zwanzig und Jungfrauen wurden nach Freilassung zum Feldarbeiten gezwungen. Man ließ sie hoch mit halben Schuhen, gefüllten Socken stehen bis dann bei dem nächsten Wetter den ganzen Tag auf einer Stelle und hungern und frieren. Für einen halben Reichsmark abgeben gibt es 50 Pfennig.

Wenn eine unter ihnen ganz krank ist, verdient sie eine Mark pro Tag.

Wer die Arbeit für dieses Hungergeld verweigert, dem wird die Arbeitslosenunterstützung gesperrt. Wir können heute noch nicht feststellen, wie viele Frauen diese Arbeit ablehnen mußten, weil sie keine ganze Schuhe hatten und denen deshalb die Unterstützung gesperrt wurde.

Wir rufen allen Frauen und Mädchen zu: Wehrt euch gegen brutale Ausbeutung und Unterdrückung, werdet Mitglieder der Kommunistischen Partei! Sinaus in den Kampfband gegen den Faschismus!

Arbeiterpartei lassen sich durch keine Schikanen einschüchtern

U.A. Dammhölz. Mit allen Mitteln wird hier versucht, dem Arbeiter-Turnverein große Schwierigkeiten zu machen. So hat man es jetzt fertiggebracht, unsern Turnern in der Woche einen Laufband zugewandern, damit die Nazis turnen können. Und zwar hat man aus Hunger Verordnungen des Wittmoß weggenommen, da man in bürgerlichen Kreisen sehr wohl weiß, daß Freitags das Turnen schon des öfteren ausgesetzt ist und in Zukunft ausfällt, da an diesem Tage manchmal Versammlungen usw. stattfinden.

Die „Leutchen Turner“ hat man in Ruhe gelassen. Aber da hat man schon Schliche gefunden, daß denen nicht geschieht, bei denen heißt es einfach, Dienstags turnen die Männer und Donnerstags die Mädchen.

Wer trotz allem lassen wir den Mut nicht sinken wir werden kämpfen und nochmals kämpfen, doch auf der Höhe bleiben und noch an Mittelreden zunehmen. Wir können schon ganz gute Erfolge aus letzter Zeit buchen.

Torgau. Wie wir bereits nur kurzer Zeit meldeten, sollte sich die nächste kleine Kasse 500 Reichsmark genommen haben. Man hat sie am 18. Dezember im „Schwarzen Graben“ gefunden. Auch kurzzeitig haben die Gründe noch nicht fest, die sie zu diesem Schritt veranlassen.

Bitterfeld-Wittenberg

Der J. G. Farben wird noch mehr Profit zugehangt — auf Kosten der Werktätigen

U.A. Bitterfeld. Die J. G. Farben haben vom Bitterfelder Stadtrat 15 000 Zentner Roggen aufgekauft und haben sich nachhinein einen vierzig Prozent Gewinn gemacht. Die J. G. Farben haben mit 42 Pf. verkauft an die Arbeiter, welche auf der J. G. Farben arbeiten. Und den Arbeitern es etwas schmackhaft zu machen, wird das Brot im Kaufhaus Wölfen verkauft, dieses Kaufhaus gehört der J. G. Es ist geradezu erstaunlich, wie dort die Arbeiter ihre lauer verdienen. Genossen, wenn der Profit immer noch, aber legen wir Bettelstempel, bekommt, dann ist es noch nicht ausbeutet genug, dann läßt er sich auch noch ausbeuten von der J. G., indem er seine Waren dort verkauft.

Wir fragen hier in aller Öffentlichkeit, ist hier nicht eine Schlingung vor sich gegangen? Will der Drogenrat den dem Stadtrat nicht die kleinen Gefängnisse schuldig? Die J. G. laßt sich, hier haben wir ein gutes Geschäft gemacht, denn der Roggen ist bedeutend billiger verkauft worden an die J. G., als wenn die kleinen Bäckereien ihn gekauft hätten. Ist schon jetzt ein Defizit auf dem Stadtrat von 48 000 Reichsmark vorhanden, so wird es im nächsten Jahre noch größer. Also wieder ist festgelegt, daß hier eine Wirtschaft betrieben wird, welche jeder Fortschritt hat.

Wenn wir die Behauptung aufstellen, es wird mit Wäsende so gemischt, so gehen wir bestimmt nicht fehl, denn ohne die Stadtvordereiner-Versammlung zu fragen, verkauft man den Roggen, um somit das Stadtrat noch mehr in Schulden zu bringen, damit sich der Stadtrat nicht mehr mit dem J. G. beschäftigen kann, sondern zahlen kann und der volkswirtschaftliche Inspektor mit seiner Frau die Arbeiter noch mehr branntaler kann.

Also, Bitterfelder Werktätige, vor allem ihr Gemeindevorstände, laßt ihr nicht die Verantwortung, tragt einmal die J. G. mas für ihre Unthätigkeit bestrafen. Diese Leute werden bestimmt nicht ankommen, man sie umleiten, denn die größten Betrüger, die es nur geben kann. Aber die kleinen Gefängnisse ruinieren, das verstehen sie gut. Aber die Steuerbetreiber der J. G. werden wir noch ausführlich berichten, wir können nur heute schon der Öffentlichkeit mitteilen, daß die J. G. mindestens an die Stadt Bitterfeld 300 000 Reichsmark zu zahlen hat, was natürlich von den Bitterfeldern unterbietet wird. Das sind vier Millionen, das sind die kleinen Gefängnisse die Steuern nicht brauchen zu zahlen, und daß man allen Erwerbslosen die Miete, sowie auch zu Nebenarbeiten mindestens jedem 100 Reichsmark geben könnte. Die Arbeiterklasse drängt darauf, daß hier eine gründliche Untersuchung vorgenommen wird!

An ein Erwerbslosenausschüsse des Kreises Bitterfeld!

Morgen, Freitag, 19. Dezember, vormittags 10 Uhr, findet eine Sitzung aller Erwerbslosenausschüsse des Kreises Bitterfeld im „Rohlfasshaus“ statt. Alle Parteimitglieder werden verpflichtet, unbedingt Teilnehmer zu dieser Sitzung zu sein, da die Erwerbslosen Stellung nehmen müssen zu der Hungerdemonstration am 24. Dezember. Der Kreis-Erwerbslosenausschuss.

Die Bitterfelder Erwerbslosen fordern: Gebt uns eine Wohnhalle!

U.A. Bitterfeld. Da die Stadt Bitterfeld sich einen Dreißigfünftel mit die Erwerbslosen, haben die Kollegen keinen anderen Vorschlag gemacht als den Wohnhausbau. Ganzlich wertlos ist die Rede und Schluß, so lauten nun die vielen Ausgesprochenen. Der Wohnhausbau ist der einzige Raum, wo sie sich wärmen können. Aber das sollte nicht lange dauern, diese Woche am Montag wurden alle, die keine Fahrkarte hatten, herausgeworfen aus dem Bahnhof.

Dieser Raum ist elementar, welcher die Nazis annehmen, den wir nicht gerade nicht sehr unabhängig, schlecht ist dieser Raum.

Werbt für den „Klassenkampf“

In der Fallenderger Sparkasse Kimmich nicht

Die Erwerbslosenausschüsse wandern in die Dunkelkammer.

U.A. Fallenderger. Die Gemeindevorstellung fand das diesmal in dem neuen Sitzungssaal statt. Der Gemeindevorsteher hat nun an, eine große Leistung mit dem Umbau des alten Gemeindeamtes vollbracht zu haben.

Genosse Herold weiß aber nachdrücklich darauf hin, daß man aber noch hätte einige tausend Mark mehr anwenden sollen, und ein vollständiges neues Gebäude errichten, statt das alte zu renovieren. Zu diesem Umbau hat man auch einen Regierungsbaumeister gebraucht. Das schließt mit, daß man den Zimmermann selbst bezahlen hat.

Die Nazis und die Sozialdemokraten verlangen in verschiedenen Punkten eine Umstellung der Tagesordnung. Der Parteivorsitzende, Genosse R. Wolf glaubte, die Schriften für den Rat und den Vorkämpfer in geheimer Sitzung regeln zu müssen. Den Grund dafür konnte man bald sehen. Die Nazis waren gegen die tarifliche Verhandlung des Arbeiters.

Als die Parteivorsitzende-Frage auf der Tagesordnung stand, stellte sich die SPD, wiederum feilschende Absichten. Statt der Tagesordnung wurde beschlossen, zu stellen wurde alles auf anderem Wege beschlossen. Das ist die Arbeit eines SPD-Schmiedemeisters. Der Verwaltungsrat, und die Bilanz der Gemeindevorstellung brachte nichts Wesentliches, jedoch scheint in der Schlußfazit Angelegenheit es was nicht zu tun. Aus in geheimer Sitzung wollte man davon sprechen. Unter Genosse erwarte, doch er halber der Entlassung der Sparkassenausschüsse nicht zulassen konnte.

Nun stand der Dringlichkeitsantrag der Erwerbslosen um Unterstützung zur Debatte. Die SPD, die meckerten, woher das Geld kommen. Die Kommunisten hätten in die Tat abgelehnt. Nachdem Genosse Herold nochmals aufgefordert hatte, daß er schon im Sommer beantragte, 1000 Reichsmark für die Stärkung des Wohlfahrtsausschusses einzusetzen, kam man nach längerer Debatte schließlich über den Antrag der ständigen Kommission zu übereinstimmen. (Da wird noch Rechtes daraus werden!)

Nachdem der Demokrat Kühn noch ein wenig gegen den SPD-Ausschreiber Dietrich polemisiert hatte, auf Grund der in Aussicht gestellten Wahl des Amisvorstehers, wurde dann die Sitzung geschlossen.

Aus der Praxis der Arbeitsämter

U.A. Elberwerda. Wie mit den Grundbesitzern des Reichsgebietes der Arbeitsämter gebläutert wird, zeigen folgende Fälle: Jeder sich Erwerbslosmeldende bekommt ein Merkblatt ausgehändigt, wo als oberster Grundsatz steht: „Vornehmste Pflicht ist es, sich um Unterbringung zu geben, sondern Arbeit zu begehren.“

Wasserführende Arbeiter, meistens sehr der Tod in den Händen liegt, weil diese freilegte der Republik nicht für Hungerbezüge, aber beachtet man noch die größte aller Gemeinheiten, indem man die Einstellungen von Angestellten nur solche anstellt, welche noch irgendwie einen Ausweis von Seinerzeit besitzt.

Wir fragen wie ist es möglich, daß ein gewisser Schmidt, der erst sechs Wochen Jugendarbeitung besaß nach Torgau auf das Arbeitsamt als besetzte Kraft kam, während zu gleicher Zeit ausgenutzte und mittellose Angestellte zur Verfügung standen?

Weiter hat sich Herr Zeller als Bevollmächtigter erdreistet, seine gewählten Arbeiter aus Reichsgebiet, in den nächsten Tagen folgen! Wir fragen, warum stellt man hier nicht wieder vollständig ausgebildete, mittellose Erwerbslose ein, welche in genügender Zahl zur Verfügung stehen? Was für eine Verantwortung hat es damit? Wir wollen Antwort haben!

Wir haben es mit dem Herr Zeller und dem Herrn Zeller, der mehrere drückender Turner, die beiden letzteren Kramm, Stahlblech, Mitglieder, trotz Hunger, Not und Elend? Weiter ist es bisher doch immer so gewesen, daß bei freierwerbenden Stellen sämtliche dafür in Frage kommenden Vorkämpfer sich bewerben mußten. Warum nicht auch bei den Erwerbslosen, hier, eine Schiedung vorgenommen, ohne weiteres einen doch bestimmt guten Freund dort untergebracht?

Wir verlangen eine Neubildung dieser Angelegenheiten.

Den Angehörigen aber muß ein klar sein: nur im schärfsten Kampf gemeinsam mit der Betriebsarbeiterschaft und den übrigen Erwerbslosen können sie sich bessere Lebensverhältnisse schaffen.

Hungerlöhne zwingen die Proleten zu Diebstählen auf Rittergut Kobersheim

U.A. Kobersheim. Inspektor Kaumann beschäftigt nur Mitglieder der Nazis. Alle Arbeiter werden entlassen, so sagte er im Frühjahr. Jetzt hat er aber auch schon mehrere Nazis entlassen, den Frühjahr zahlte er Hungerlöhne. Es bleibt den armen arbeitenden Hunger nichts weiter übrig zu frohen.

Schon wieder ist es so, wie es auch im letzten Jahr erst wurde wieder ein Satz Weizen geblieben. Daraufhin durfte kein Nazisarbeiter das Rittergut verlassen. Seit abends 8 Uhr mußte sich alles an der Gasse beteiligen. Endlich war der Weizen gefunden.

Es wurden Zusammenkünfte vorgenommen, aber der Dieb wurde nicht gefunden. Die Herren Kammer, die immer die Arbeiter am Sonnabendabend, unter der Bezeichnung einer „Mittagsfeier“, mit dem Spiel des Zogener Würfels durch das Dorf jagt.

Für Nazisarbeiter hat ihr das tolle Spiel, das mit Euch gegeben wird, noch nicht erlernt? Wir rufen Euch zu, organisiert Euch in der KPD, erwerbt Mitglieder der KPD, dann könnt ihr höhere Löhne erlangen und braucht nicht mehr zu heulen.

Diktaturren in Strelitz abgelehnt

U.A. Die Gemeindevorstellung beschäftigte sich mit der Einbringung der Nazis und Arbeiter. Der Gemeindevorsteher erklärte, es handle sich um die Reichssteuer und die befreite nicht der Zustimmung. Unsere Genossen forderten daraufhin eine Dringlichkeitslösung, welcher die Bürgerlichen fernblieben. Der Gemeindevorsteher machte eine zweite Sitzung einberufen. Die Abkündigung nach 8 Uhr bei der Regierung, und 5 zu 5 bei der Bierkeller. Die Sitzung der Gemeindevorsteher entfiel gegen die Arbeiter.

Die Herren Kammer, die immer die Arbeiter am Sonnabendabend, waren geschlossen für die Steuer, sie erklärten die für gerecht, da einer wie der andere bezahlen müsse. Unsere Genossen haben die gebührende Antwort.

Die Reichsbanner geht einen Schritt den wohlverdienten Fuß mit und schlägt Euch der KPD, an, nur diese kann Euch retten.

Nazibanditen inlagen sich untereinander

U.A. Torgau. Am Sonnabend, dem 13. Dezember, nachmittags in der dritten Stunde, konnte man in der „Sternstrasse“, Torgau, Schlächter (Rast-Wald) eine wilde Schlagerrie zwischen Nazis beobachten. Schlächter, zwei hervorragende Nazibanditen verurteilten durch Zusammenstoß einige Rastler zu töten. Es dauerte gar nicht lange, da war die größte Schlagerrie im Gange.

Ein Mitglied der NSDAP wurde von den Gebr. Wendler so ausgerollt, daß er blutüberströmt zusammenbrach. Es dauerte er nicht lange, bis er die Polizei zur Stelle und die Schlagerrie unter ein Ende.

Irreguläre Arbeiter in der NSDAP, jetzt endlich ein, daß

Staatskommissar Streicher diktiert Waffenheuern

Der Sozialdemokrat Streicher, Landrat des Saalkreises, hat, weil die Nachtragsumlage im Kreisstag abgelehnt wurde, von seinem Parteigenossen, dem Sozialisten Harnad, die Ernennung eines Staatskommissars gefordert.

Harnad hat Streicher selbst mit dieser Funktion zur Sicherung der fälligen Steuern beauftragt.

Streicher hat für das Rechnungsjahr 1930 die Kreisumlage auf 50 Prozent der Ueberweisung aus der Reichseinkommensteuer und der Reichsgründungssteuer und auf 100 Prozent der Grundvermögenssteuer und der staatlich veranlagten Gewerbesteuer festgesetzt. Die vom Kreisstag beschlossenen unzulässigen Unterstreichungen für die Wohlhabendenssteuer sollen auch eine Ueberweisung Streichers nach Möglichkeit in Naturform gewährt werden, wobei sich das „Nach-Möglichkeit“ fälschlich nicht auf die Form der Unterstreichung, sondern auf die Unterstreichung überhaupt bezieht.

Diese Leute, die Streicher und Harnad, und das ganze Corps der sozialistischen Führer wollen den Arbeitern weismachen, daß sie Kämpfer gegen den Faschismus sind.

Die Streicher und Harnad werden mit ihren Vertretungsstellen die fälschliche Ordnung leisten. Einmal ist Geld haben. Denn, nur Steuern verdornt, hat sie damit noch nicht in der Tasche.

Kapitalistische Justiz will Karl Peters zugrunde richten

Kämpft für seine Befreiung — Helft der Noten Hilfe helfen (Eig. Drahtm.) Berlin, 17. Dezember.

Die gestern nach Brandenburg gezogene Delegation der Notens Hilfe fand den Genossen Karl Peters in schwererem Zustand vor. Seine Nerven sind völlig zerrüttet. Unmöglich liegt er, da er nur den geringen Ausprägungen, die Genosse Peters macht, ging hervor.

Sein Zustand dadurch hervorgerufen wurde, daß er seit Jahren immer auf die Amnestie hoffend, verurteilt wurde, daß er ferner die Schichten der Justizverwaltung angeht.

Seine Verhandlungen, die anderen Gefangenen ohne weiteres werden, gibt man Genossen Peters nicht. Der Eintrag der Delegation ist, daß Genosse Peters in höherer Lebensgefahr ist. Es besteht die Gewissheit, daß er bei einer Fortdauer der Haft zugrunde gerichtet wird.

Buchdruckern droht Lohnraub

Die sozialistischen Parteien des Buchdruckerverbandes verhandeln zur Zeit mit der Unternehmerorganisation über einen unerwünschten Lohnraub.

Die Unternehmer verlangen, daß die Buchdruckerlöhne um 14,5 Prozent gesenkt werden.

Man kann sich vorstellen, wie diese Lohnherabsetzung sich z. B. auf die hiesigen bescheidenen Hilfsarbeiter auswirken wird, wenn man sich, daß nach der Forderung der Unternehmer der tarifliche Spielraum für die Buchdrucker von 55,50 Mark auf 50 Mark herabgesetzt werden soll.

Die sozialistischen Gewerkschaften haben den Unternehmern ein „Pferangebot“ gemacht, d. h.

„Sie wollen die Arbeiter des Buchdruckergewerbes arbeiten, indem sie eine Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich anbieten.“

(Eig. Drahtm.) Berlin, 18. Dezember.

Vor dem Zentralen Schlichtungsausschuss fanden gestern Lohnverhandlungen für die Buchdruckergewerkschaft. Das belächelte Lohnabkommen ist bis zum 12. Februar 1931 verlängert worden. Für den 3. Februar sind neue Verhandlungen vor dem Zentralen Schlichtungsausschuss angesetzt worden.

Weitere erfolgreiche Betriebsratswahlen in Berlin

Bei der Kabel- und Gummiabrik Raxditer, wo bisher kein Betriebsrat existierte, fanden gestern zum ersten Male Betriebsratswahlen statt. Es wurden abgegeben:

RSD. 150 Stimmen
Reformliste. 82 Stimmen

Der Betriebsrat legt sich aus 4 RSD. und 2 DRK-Bezirken zusammen. Ferner kommt es, daß drei Viertel der Belegschaft aus Frauen besteht.

(Eig. Drahtm.) Berlin, 17. Dezember.

Die in der Metallfabrik Fricker in Oberkornmühle stattgefundenen Betriebsratswahlen hatten folgendes Ergebnis:

RSD. 639 Stimmen
Reformliste. 476 Stimmen

Dieser Betrieb war der erste, der bei Ausbruch des Metallarbeiterkampfes in den Streik trat. Obwohl über 100 RSD. in

Hänger gemahnt und dafür Neueinstellungen vorgenommen wurden, gewann die RSD. gegenüber der letzten Betriebsratswahl 70 Stimmen.

Metallarbeiterkreis in Torgelow

(Eig. Drahtm.) Torgelow (Pommern), 18. Dezember.

Am Mittwochvormittag fand die Metallarbeiter in Torgelow in den Streik getreten. In der Abstimmung stimmten 95 von 100 Arbeitern für den Streik, der gegen den jahreslangen Lohnkampf gerichtet ist. Man rechnet mit einer Streikverlängerung.

Die Nazis fürchten die Aufrüstung der Arbeiter

M.R. Alsen. Der Bericht über die Zusammenkunft im Arbeiter- und Bauernrat entspricht nicht der Wahrheit. Wir wollen hier deshalb eine Schilderung dieser Zusammenkunft geben.

Die von den Nazis einberufene Versammlung war anfangs von den Arbeitern beherrscht. In der Pause machte sich Genosse Pfeifer zur Diskussion. Die Nazis, die durch Ärzte, die aus der Versammlung kamen, erkannt hatten, daß hier viele Mitleidende Arbeiter waren, erhielten in der Pause Befürchtung aus Eisen. Die Nazis kamen mit dem Auto der Mansfeld A.G.!! Torgelow waren damals die Arbeiter in der Minderzahl und die Nazis führten ihn sehr hart.

Vom Versammlungsleiter wurde zum Genosse Pfeifer aufgerufen, von der Bühne aus zu sprechen. Er sprach das Wort ergreifend, wurde ihm die Frage gestellt, ob er für die Parole: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft“ steht. Genosse Pfeifer antwortete darauf mit einem Ja, und erklärte, er habe dies bereits erklärt, daß er „Mordgeboten“ nicht sprechen lasse. Genosse Pfeifer wurde dann von den Nazis mehrmals aufgerufen, die Tribüne zu verlassen, und als er das schließlich tat, wurde er hinterwärts gegen einen Tisch geschoben, so daß er zu Boden fiel.

Nachdem er sich erholt, ein Ueberfall kommt, konnten die Arbeiter die Besetzung machen, daß viele Nazis ihre Wollinstrumente verlor.

Nach Schluß der Versammlung haben dann die Arbeiter mit Naziangehörigen von Eisen diskutiert. Da waren die Nazisführer recht belost um ihre Anhänger. Mit allen Mitteln versuchten sie, die Diskussion unterbinden. Wahrscheinlich fürchtete man, daß diejenigen Arbeiter, die heute in der Arbeiterbewegung die Demokratie und die Arbeiterinteressen der Reichsleute erkennen lernen. Eine Tatfrage wollen wir bei dieser Gelegenheit gleich noch der Öffentlichkeit unterbreiten, um zu zeigen, was Genosse Pfeifer die Nazis sind. Der Ortsgruppenleiter der Nazis von Alsen hat das Kassenbuch unterworfen. Auch ist ein Zeichen der Verwundung der Nazis.

Ein idler Kommunistenbehr

M.R. Laucha. Der Herr stellvertretende Amtsvorsteher und Lagerleiter der Feiler in Laucha, eine RSD-Große am Ort, kann seine Rat über die verkommenen Kommunisten gar nicht klar genug zum Ausdruck bringen. Man kann in den Kommunisten genau, wenn man will, immer hat die Kommunisten beim Feile. So gar den Kindern fällt es auf, wenn sie von Einfachen wieder zurückkommen, dann erzählen sie, „Feiler hat wieder auf die Kommunisten nicht geachtet.“ Wir leben in der Sozialistischen Arbeiterbewegung in unfer Versammlung zu kommen. Da mag er sich einmal ausleben. Wir werden ihm schon Aufführung geben.

Als Pfeiler noch in Mulkwitz einen kleinen Krämerladen hatte, da hat er auch nicht danach gefragt, wer bei ihm fuhr. Da waren ihm alle gleich. Jetzt ist er ein sozialistischer Sozialist geworden, daß er gar nicht mehr anders als in Kommunistenbehr denken kann. Herr Pfeiler soll immer daran denken, daß in der Kommunistenbehr auch nicht sozialdemokratische Arbeiter faulen. Die werden ihm dafür sorgen, daß Herr Pfeiler in Laucha auch einmal abgelehnt hat!

Sozialheute in der Berufsschule

Der Lehrer Finneis in der Wengelsdorfer Fortbildungsschule läßt es sich außerordentlich angelegen sein, die gesamte und dreitägige Aufgabenliste unter den Fortbildungsschülern zu betreiben.

So erklärte er zum Beispiel in einer der letzten Stunden, daß die russischen Bauern durch die Umstellung der Arbeitsweise auf Kollektivwirtschaften „ungeheuer viel“ geworden seien. Es sei jetzt die Aufgabe zu versprechen, daß 15 Prozent der Einwohner im „Amerikaner“ „gerubener müßten“, weil nicht genügend Getreide beschafft worden sei, um die ganze Einwohnerzahl ernähren zu können. Ein großer Teil der Bevölkerung könne nur Hunger die Reife des Getreides nicht abwarten und ernte deshalb halbtrocken das Korn ab. Die Folge davon sei denn, daß alles verfaule.

Das hat sich der Herr Lehrer recht schön ausgedacht. Aber wir können ihm nur verraten, daß ihm das die meisten Schüler glauben. So offensichtlich ist es, daß die Kollektiven durch die Umstellung der Sozietät in der Höhe hin, mit den modernsten Geräten an die Bearbeitung richtiger Wärdentenden heranzugehen und somit mehr und besseres Getreide zu schaffen.

Und denkt der Herr Finneis, daß die Jungkommunisten in der Berufsschule ihren Kameraden nicht haben können, was die Sturzangriffe der russischen Jungkommunisten nach der Kollektivwirtschaft? Der Kammerherr alles geleitet haben, was finanziert die russischen Arbeiter und Bauern am Aufbau ihres sozialistischen Vaterlandes arbeiten?

Jungarbeiter! Berufsschüler! Treitet solchen Wärdengestalten Eurer Verherr auf das Genügsame entgegen! Alart Eurer Mitleidlichkeit, Eure Arbeitslosigkeit auf die wahren Verhältnisse in der Sozietät! Entfamt, daß alle diese Schwindelreden nur dazu dienen sollen, die Jungarbeiter einzuwickeln und sie für einen Krieg gegen die Sozietät zu gewinnen.

Berufsschüler! Her zum Kommunistischen Jugendverband! Stärkt die Reihen des revolutionären Jungproletariats!

Nazis treten wie — Gold

Wer bisher noch daran glaubte, daß die Nationalpartei eine republikanische, Nationalistische Partei sei, wurde während des Pöbels gegen einen Schriftleiter von „Kampf“ vor dem hiesigen Schöffengericht eines anderen belehrt. Der Oberbetrieuber des Reichsbankens hat sich angeschlossen, hat eines Vergehens gegen die Republikangelegenheit schuldig gemacht zu haben, dürfte sogar aus „Hilfers Lebenszeit“, wo niedriger ist, daß die Nazis gar nicht davon denken, der demokratischen Republik weise zu tun. Er selbst bekannte sich als ein

im Inneren tiefüberzeugter Republikaner.

In einigen Zeitungsartikeln des „Kampf“ führte die der sozialistische Oberbetrieuber Köpfer, der betitelt, ausgedehnt, die Vermittlungsmaßnahmen republikanischer Behörden als lächerlich bezeichnet.

Staatsanwalt Hilmann, dem bei der Verteilung von Kommunisten die hiesigen Zeitungen Gefängnisstrafen nicht hoch genug sind, beantragte 200 Mark Geldstrafe und das Gericht — unter Vorbehalt des Herrn Republikaners Köpfer — ließ den Nazi mit Samstagen an und machte es schon um die Hälfte. Es war also dann überzeugt, daß die Republik tatsächlich seitens der Nazis nicht gefährdet ist.

Mühenhändler Kaufmann vom Clotilde-Schlag

M.R. Neuer Vorhau der Mansfeld A.G. Der Betriebsrat, vorliegende Kaufmann hat aber kein Material, um Betriebsratsfunktionen abzuhalten. So hat er in den letzten acht Wochen seine Sitzungen mehr durchgeführt, sondern an deren Stelle betreibt er innerhalb des Betriebes einen regelrechten Mühenhändler. Er will durch diese Methoden sein Einkommen steigern und sich möglichst hoch helfen lassen. Die Klagen seiner Belegschaftsmittel werden ihm wenig. Wenn ihm die Kameraden dies vorwerfen, daß er nur sein eigenes Ich im Auge hat oder ihn bei seinem richtigen Namen, nämlich Arbeiterbetrieuber, nennen, so beschwert er sich darüber — beim Direktor — und klagt dessen Lohn, weil, was er alles aushalten muß und an den Kopf geworfen bekommt. Der Direktor hat ihm aber versichert, was die Arbeiter nur hätten, er wäre mit ihm doch immer gut ausgekommen.

Kameraden, hier ist die das Hand-in-Handarbeiten der reformistischen Betriebsräte mit dem Unternehmer.

Wir Oppositionellen hatten Kaufmann per Einschreibebrief zu einer Belegschaftsversammlung eingeladen, was nicht kam, das wurde nicht gemacht. Er sollte vor der Öffentlichkeit über seine letzten Redensarten ablegen. Er war aber zu feige und erschein nicht. Er hat erklärt, er wollte uns das Verhalten von Belegschaftsversammlungen verbieten, er hätte als Betriebsratsmann nur allein das Recht, Versammlungen einzuberufen. (Das ist nicht wahr!) Die Nazis haben sich von Kaufmann aber nicht verurteilen, als wir seine Versammlungen abhalten oder nicht. Aber er vertraut sich seine abhalten: 1. aus Angst vor der Ueberwindung und 2. weil er der Mansfeld A.G. Kosten ersparen, da die Mansfeld A.G. die Kosten für die von ihm einberufenen Versammlungen bezahlt. Wir plejieren aber auf Versammlungen, die unter dem Protektorat der Mansfeld A.G. haben und von ihr bezahlt werden.

Kameraden, jetzt bei der kommenden Betriebsratswahl den Mühenhändler zum Teufel, denn er hat aus dem Arbeiterbewusstsein einer Kameraden gemacht. Wählt nur rote Betriebsräte, die Eure Interessen voll und ganz vertreten, die Euch im Kampf führen!

Arbeiter-Sport

Mittw. Heiligschünde fällt Freitag aus. Mittw. am 6. Uhr nach dem Vorabend um 11.30 Uhr. Freitag, 19. Dezember, 1. Jan. Jugendkassenfestung im Kaufhaus bei

28. Die Winterreise, S. 6. Samstag, 19. Januar, Generalsammlung in „Kampfer“. Winter und Reichliche für Weihnachten und bis 3. Januar an der Reichsstraße. Freitag, 19. Dezember, 20 Uhr, im Fein-Kameraden bei Reichsstraße. Samstag, 20. Dezember, 17 und 20 Uhr, Winterferien. Arbeiter-Sportabend. Samstag, 20. Dezember, 20 Uhr, im Fein-Kameraden bei Reichsstraße. Freitag, 19. Dezember, 20 Uhr, im Fein-Kameraden bei Reichsstraße. Freitag, 19. Dezember, 20 Uhr, im Fein-Kameraden bei Reichsstraße.

Die Arbeiter-Sportabend werden im Fein-Kameraden bei Reichsstraße.

Briefkasten

Wahrscheinlich Winterfeld. Der einzige Brief der außerhalb ziemlich in Licht ist, kann nicht gefahrt werden. Der Winterfeld mit ausgeliefert, unter keinen neuen Namen aus die Mitteilung in leichter Schritt zu machen.

Wie wird die Wintertage?

Für Freitag: Auf Ost drohende, schwache Winde. Kälte, aber ganz oder vorwiegend trocken. Zumeist des Frostes.

Für Sonnabend: Weitere Frostverhärtung wahrscheinlich.

Rundfunk-Programm

Freitag, 19. Dezember

10 Uhr: Reichsstaatskanzlei 10.05 Uhr: Betriebsrat und Reichsstaatskanzlei 11 Uhr: Reichsstaatskanzlei 11.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 11.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 11.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 12.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 12.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 12.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 12.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 13.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 13.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 13.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 13.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 14.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 14.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 14.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 14.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 15.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 15.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 15.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 15.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 16.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 16.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 16.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 16.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 17.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 17.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 17.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 17.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 18.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 18.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 18.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 18.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 19.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 19.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 19.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 19.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 20.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 20.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 20.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 20.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 21.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 21.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 21.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 21.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 22.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 22.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 22.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 22.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 23.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 23.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 23.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 23.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 24.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 24.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 24.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 24.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 25.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 25.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 25.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 25.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 26.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 26.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 26.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 26.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 27.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 27.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 27.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 27.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 28.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 28.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 28.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 28.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 29.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 29.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 29.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 29.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 30.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 30.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 30.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 30.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 31.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 31.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 31.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 31.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 32.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 32.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 32.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 32.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 33.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 33.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 33.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 33.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 34.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 34.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 34.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 34.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 35.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 35.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 35.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 35.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 36.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 36.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 36.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 36.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 37.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 37.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 37.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 37.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 38.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 38.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 38.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 38.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 39.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 39.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 39.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 39.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 40.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 40.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 40.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 40.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 41.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 41.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 41.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 41.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 42.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 42.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 42.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 42.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 43.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 43.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 43.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 43.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 44.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 44.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 44.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 44.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 45.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 45.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 45.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 45.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 46.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 46.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 46.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 46.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 47.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 47.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 47.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 47.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 48.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 48.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 48.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 48.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 49.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 49.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 49.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 49.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 50.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 50.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 50.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 50.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 51.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 51.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 51.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 51.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 52.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 52.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 52.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 52.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 53.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 53.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 53.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 53.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 54.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 54.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 54.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 54.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 55.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 55.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 55.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 55.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 56.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 56.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 56.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 56.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 57.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 57.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 57.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 57.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 58.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 58.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 58.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 58.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 59.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 59.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 59.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 59.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 60.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 60.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 60.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 60.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 61.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 61.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 61.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 61.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 62.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 62.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 62.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 62.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 63.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 63.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 63.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 63.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 64.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 64.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 64.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 64.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 65.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 65.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 65.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 65.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 66.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 66.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 66.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 66.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 67.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 67.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 67.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 67.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 68.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 68.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 68.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 68.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 69.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 69.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 69.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 69.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 70.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 70.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 70.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 70.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 71.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 71.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 71.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 71.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 72.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 72.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 72.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 72.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 73.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 73.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 73.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 73.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 74.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 74.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 74.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 74.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 75.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 75.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 75.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 75.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 76.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 76.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 76.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 76.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 77.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 77.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 77.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 77.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 78.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 78.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 78.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 78.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 79.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 79.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 79.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 79.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 80.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 80.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 80.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 80.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 81.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 81.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 81.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 81.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 82.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 82.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 82.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 82.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 83.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 83.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 83.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 83.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 84.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 84.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 84.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 84.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 85.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 85.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 85.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 85.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 86.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 86.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 86.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 86.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 87.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 87.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 87.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 87.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 88.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 88.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 88.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 88.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 89.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 89.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 89.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 89.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 90.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 90.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 90.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 90.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 91.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 91.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 91.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 91.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 92.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 92.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 92.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 92.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 93.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 93.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 93.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 93.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 94.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 94.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 94.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 94.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 95.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 95.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 95.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 95.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 96.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 96.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 96.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 96.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 97.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 97.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 97.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 97.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 98.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 98.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 98.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 98.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 99.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 99.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 99.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 99.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 100.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 100.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 100.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 100.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 101.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 101.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 101.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 101.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 102.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 102.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 102.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 102.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 103.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 103.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 103.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 103.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 104.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 104.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 104.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 104.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 105.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 105.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 105.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 105.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 106.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 106.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 106.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 106.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 107.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 107.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 107.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 107.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 108.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 108.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 108.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 108.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 109.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 109.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 109.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 109.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 110.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 110.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 110.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 110.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 111.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 111.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 111.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 111.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 112.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 112.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 112.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 112.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 113.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 113.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 113.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 113.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 114.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 114.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 114.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 114.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 115.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 115.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 115.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 115.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 116.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 116.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 116.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 116.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 117.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 117.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 117.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 117.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 118.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 118.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 118.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 118.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 119.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 119.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 119.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 119.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 120.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 120.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 120.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 120.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 121.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 121.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 121.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 121.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 122.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 122.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 122.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 122.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 123.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 123.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 123.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 123.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 124.00 Uhr: Reichsstaatskanzlei 124.15 Uhr: Reichsstaatskanzlei 124.30 Uhr: Reichsstaatskanzlei 124.45 Uhr: Reichsstaatskanzlei 125.00 Uhr: Reich

wonach sich das
richtig, können
täuschen.

tigen Arbeiter-
ten bei freiem
stenden Nieder-
Beratungs-
Märtyrerkronen
en.

ationsverbot also
darin, den Ar-
erwerbslosen
st Befristung des
anuar, also über

leitet, glauben
rboten die
t, so daß am
wirklichen
bt.

a werden, bleibt

ien

, 18. Dezember.

Spanien hat sich
egentzen mit kom-
schistische Diktatur
sieben wichtigsten
n Spanien hat die
egirke gelegt. Die
nungen durchzogen.
hinengewehre auf-
Standrechts unter
arren, ist in fünf
Kavallerie Statio-
ausgebrochen sein
vatmeldungen, ge

a — Die
fort

15. Dezember.

n des Landes ihre
inas schlossen vor-
ter; jedoch dürften
sache dieser Maß-
ist National
650 000 Dolla

ilchen

ion

18. Dezember.

losigkeit in
häufte an die
einigen anderen
siferuse aus Angst
em revolutionä-
n deutlich die fort-
er Weltwirt-
n die amerikani-
n vornherein jed-
ten.

ter durch
itet

und Polens sind
teils und jenseits

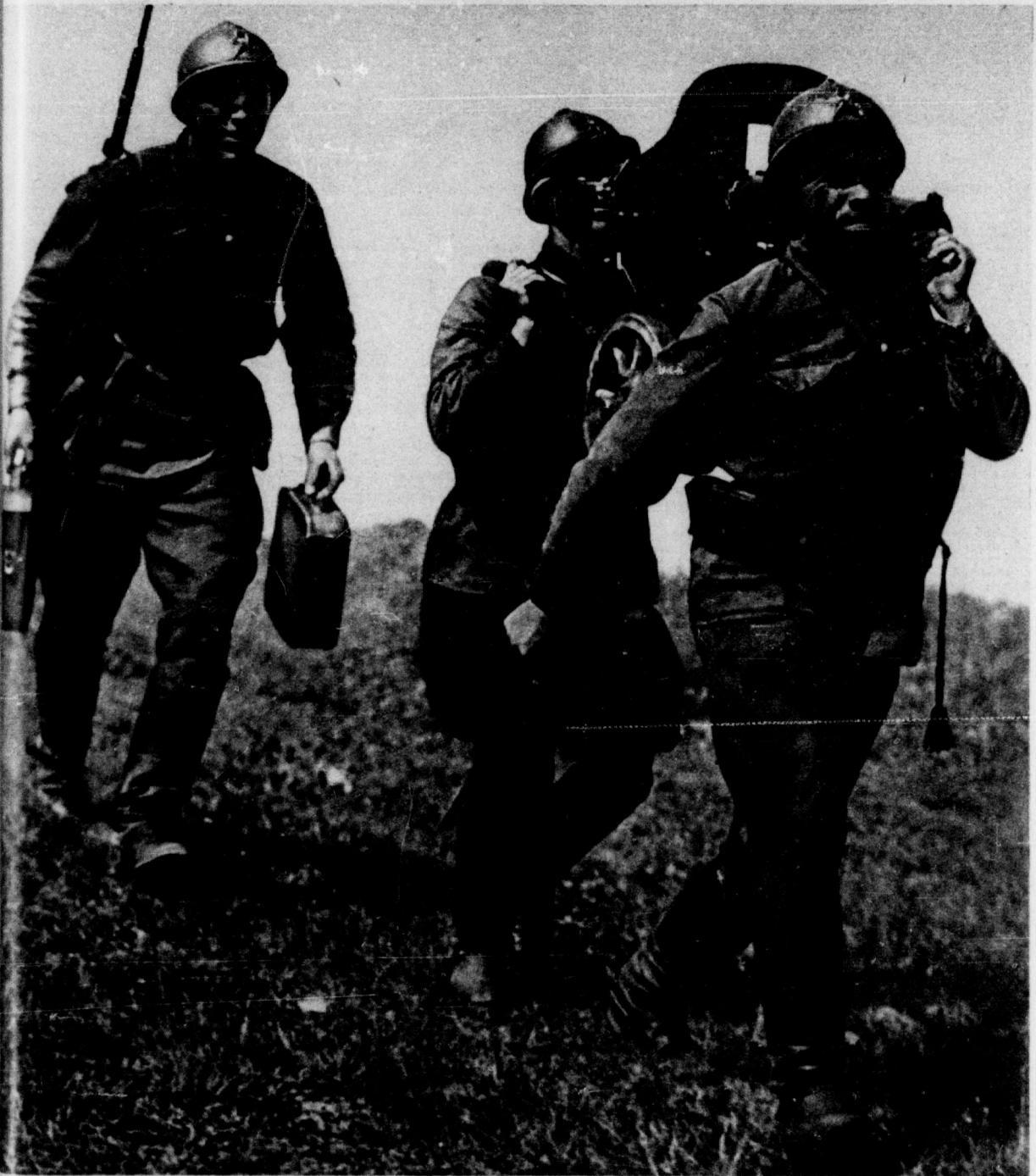
17. Dezember.

ndtagsabgeordnete
nigshütte von
Jede Königshütte
ber etwa 500 Ar-
r Polizei versuchte
zu schlagen. Ein
Bisubsti-Anhängel-
ren Genossen. In
und verhaftete den

DER ROTE STERN

JAHRGANG 7

NR. 17



DIE ROTE ARMEE IST BEREIT!

Der Moskauer Schädlingsprozeß hat die Interventionspläne des französischen Imperialismus aufgedeckt. An den Arbeiter- und Bauernsoldaten der Sowjetunion werden sich die Poincaré u. Co. die Zähne ausbeißen

Aufnahme von den Herbstmanövern der Roten Armee



Ein Kampfkongreß werktätiger Frauen

VON LENE OVERLACH

Vom 22. bis 23. November tagte in Berlin der II. Reichskongreß werktätiger Frauen, besetzt von 1000 Delegierten aus allen Teilen Deutschlands, von allen wichtigen Industriezweigen, vom Lande, aus den Büros, aus Geschäften und Kaufhäusern.

Der Kongreß beriet die Lage der werktätigen Frauen. Die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen berichteten ungeheuerliche Beispiele vom Lohnabbau, von der Mehrarbeitsleistung, die ihnen aufgezwungen wurde, von der Not der schwangeren Mütter, vom Elend der unterernährten Kinder.

Die Reden wurden zu einer scharfen Anklage gegen die Sozialfaschisten, über deren Verrat in den Lohnkämpfen fast jede Arbeiterin etwas zu sagen hatte.



Blick auf den Kongreß



Ausländische Delegierte

Auch die Nationalsozialisten mit ihrer Verachtung der arbeitenden Frau, mit ihrem Bestreben, die Frau noch stärker als „Dienerin und Magd“ herunterzudrücken, standen am Pranger. Das Zentrum wurde als die Ausbeuterpartei, die sich die Kirche zu Hilfe holt zur Verdummung der Frauen, gekennzeichnet. Für alle Schichten der werktätigen Frauen wurden



Jungarbeiterinnen-Kommission

Forderungen ausgearbeitet. Die Beschlüsse des Kongresses klangen aus in einem Ruf an alle Proletarierinnen, sich einzureihen zum Kampfe gegen Lohnraub, gegen die Notverordnung, die gerade die Frauen noch tiefer ins Elend herabdrückt. Die Frauen sollen hinaus auf die Straßen, ihr Elend, aber auch ihren Kampfwillen demonstrieren. Die Arbeiterinnen müssen sich der revolutionären Gewerkschaftsopposition anschließen. Sie werden mithelfen, im kommenden Frühjahr in allen Betrieben den roten Betriebsräten zum Siege zu verhelfen. International soll eine engere Verbindung zwischen den Kämpfenden hergestellt werden durch die Vorbereitung eines internationalen Kongresses werktätiger Frauen.

Der Sowjetunion wurden nicht nur Kampfgrüße übermittelt, nein, die Delegierten gelobten, den Arbeiterstaat zu schützen. Eine Delegation von 3 Arbeiterinnen weilt gegenwärtig in Moskau, um auf dem Prozeß der Schädlinge die Forderung des Kongresses auf Erschießung der Schuldigen zu überbringen. Gewaltig wächst die Front aller Ausgebeuteten. Die proletarischen Frauen reihen sich ein, um ein Sowjet-Deutschland zu erkämpfen.



Genossin Lene Overlach (oben) und Genossin Roberta Grosz hielten auf dem Kongreß Hauptreferate



Delegierte aus Pommern, Mecklenburg und Schlesien





Arbeitslose bieten sich an: 1 Dollar (!) pro Woche!

Eine imposante Kundgebung unserer amerikanischen Bruderpartei in New York

HUNGER UND ELENDE IN USA

Auch der imperialistische Kapitalismus der Vereinigten Staaten von Amerika ist durch die Weltwirtschaftskrise auf das schwerste getroffen worden. Das Ansteigen der Arbeitslosenziffer ist ein deutlicher Ausdruck für die Auswirkung dieser Krise.

Heute sperrt Amerika seine Grenzen ab, um den Zustrom ausländischer Arbeiter einzudämmen und deportiert alle Arbeitslosen, die in den letzten Jahren eingewandert sind, voller Illusionen über die „Prosperität“ des Dollar-Landes. Nur ein Land der Welt kennt keine Arbeitslosigkeit mehr — das ist die Sowjet-Union!

Moskau öffnet die Grenzen für die Proletarier aller Länder. Zehntausende ausländische qualifizierte Arbeiter helfen heute am Aufbau des Sozialismus.

Hunger und Elend — das ist der Kapitalismus!
Arbeit und Brot — das ist der Sozialismus!



Genossin Lene Overlach (links) und Genossin Roberta Greiner (rechts) auf dem Kongress der Arbeiterpartei



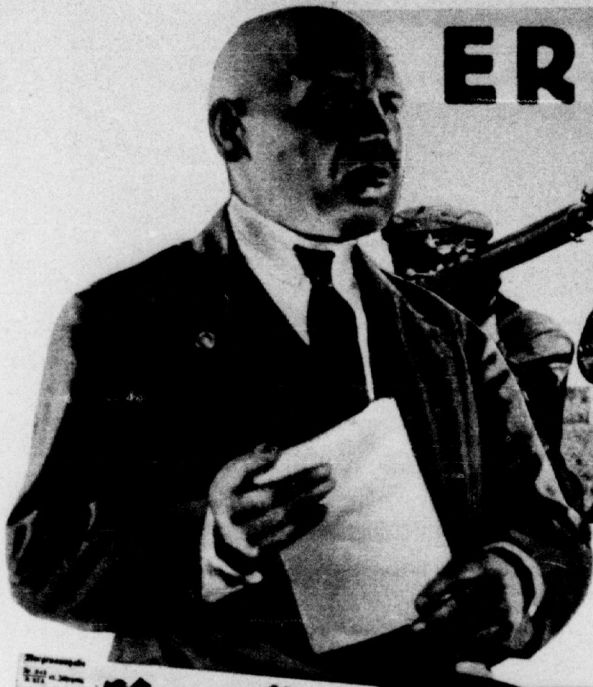
Arbeitslose demonstrieren vor dem Rathaus in Cleveland



Spezialtackern gegen Arbeitslose — genau wie bei uns!
Arbeitslose: Amerikanische Arbeiter in der Sowjet-Union helfen am Aufbau des Sozialismus



ERSCHIESSEN!



Die Gewehre der G. P. U. der Schrecken der Konterrevolution. Daneben: Englische — französische und tschechische Interventionstruppen in Wladiwostok, 1919. Dasselbe plante die „Industriepartei“ für das Jahr 1930! Darunter: Ramsis

Die grandiosen Erfolge des Fünfjahr-Planes haben den Weltkapitalisten die Hoffnungen zerstört, unter der Herrschaft der Sowjets den Kapitalismus wieder zu gewinnen besonders in der Periode der neuen ökonomischen Politik zu keimen. Solche Hoffnungen sind der Sowjetunion zu „verständigen“ kapitalistische Kräfte. Seitdem aber der Sowjetstaat zur sozialistischen Offensive an der Wirtschaft des Fünfjahresplan in genommen wurde, veränderte das Weltkapital seine Taktik. Die Anklageschrift gegen die jetzt vor dem revolutionären Tribunal stehenden Kapitalisten die Bestehens, ihre inneren Angelegenheiten festgestellte engste Verbindung im Volkskommissariat aufgedeckt. Es folgten die Entdeckung von Schädlingsorganisationen in der Textilindustrie, in der im Maschinenbau, in der Chemie-, Gold-, Petroleum-Industriezweige. Die Anklageschrift folgert: Die große Anzahl dieser Schädlingsorganisationen Bestehens, ihre inneren Angelegenheiten festgestellte engste Verbindung im Volkskommissariat aufgedeckt. Es folgten die Entdeckung von Schädlingsorganisationen in der Textilindustrie, in der im Maschinenbau, in der Chemie-, Gold-, Petroleum-Industriezweige.

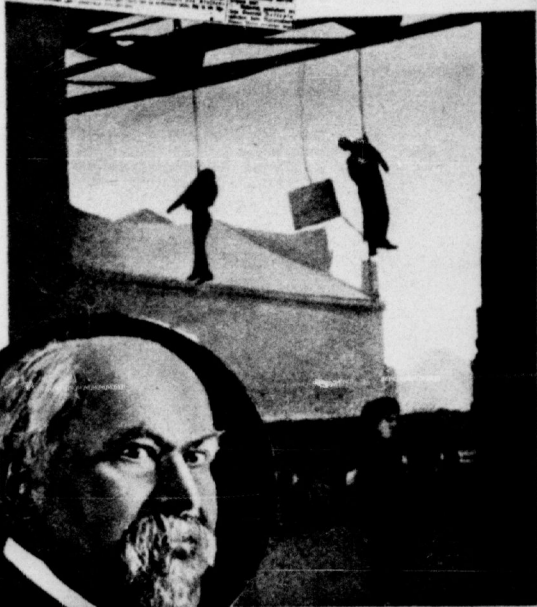


Genosse Krylenko während der Anklagerede



Kalininkow, einer der Hauptangeklagten

Links: Lügen-Vorwärts versucht durch Schauer-märchen abzulenken!

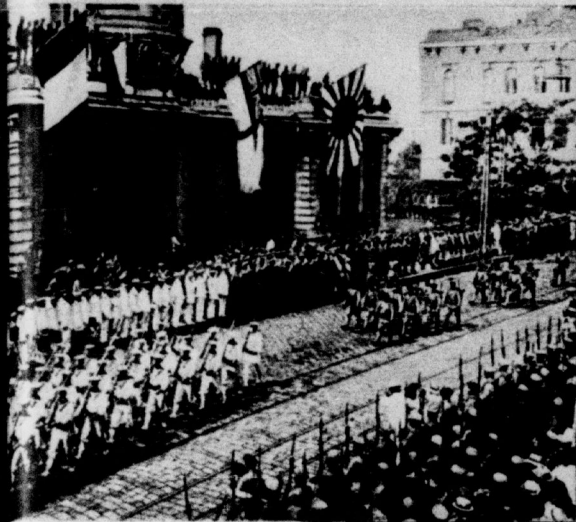


Poincaré, französischer Ministerpräsident, einer der Haupttreiber der Intervention



1918-1919 unterstützten französische Interventionstruppen die Konterrevolution. Französische Kolonialtruppen in Odessa. Bild links: Von französischem Militär gehetzte Arbeiter in Odessa

Genosse Martov vor der französischen Flotte, Odessa lag unter Intervention



1.

Englische — französische und tschechische Interventionstruppen
1901! Darunter: Ramsdell's Aussage vor dem Revolutionstribunal

Weltkapitalisten und Kapitalisten die letzten Hoffnungen Kapitalismus wahren. Solche Hoffnungen bedeuten Politik zu keinen kapitalistische Kreise sich mit

an der Wirtschaft Fünfjahresplan in Angriff genommen.
Tribunal sozialistischen Aufbaues heißt es: in verlassenen Zuhörungen der Staatlichen Politische der anderen "Macht"-Schädlinge wurde im Volkskommissariatgedeckt. Es folgte dann die Organisationen in der Textilindustrie, in den Werften, Chemie-, Gold-, Pelz- Industriezweigen.

Schädlingeorganisation Bestehens, ihre innere Organisation und namentlich die Verfahren bei fast jeder dieser engsten Verbindungen Organisation der ins Ausland Eigentümer der Firmen, die Beziehungen zum internationalen Spionagetätigkeit der militärischen Staaten, — alles ist schon seit langem, die fällige Gruppe konnte zu betrachten, sondern diese als eine bestimmte des seitens der Bourgeoisie als einzuschätzen, ihres Wirtschaftsaufbaues organisierte noch die Leibel der gesamten Schädlinge-oder jener Organisation suchen, sondern unmittelbar der bürgerlichen Gemisch die Aktionen der Schädlinge und sie als ihre Agentur benutzen.

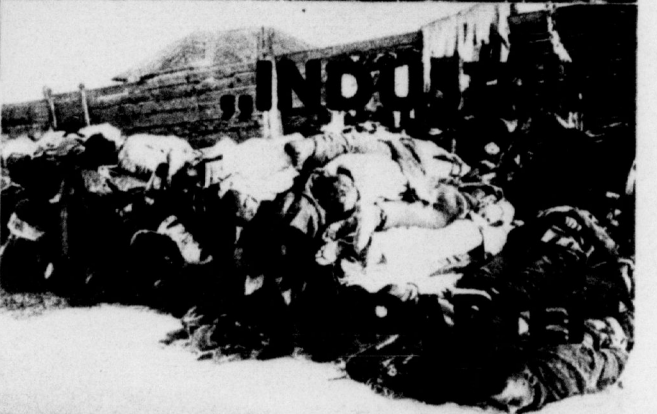
Sowjetunion hat gesprochen: Erschießen! Die einmal Gnade vor der revolutionäre Proletariat hat ihren, wie planmäßig Krieg gegen die Sowjetunion



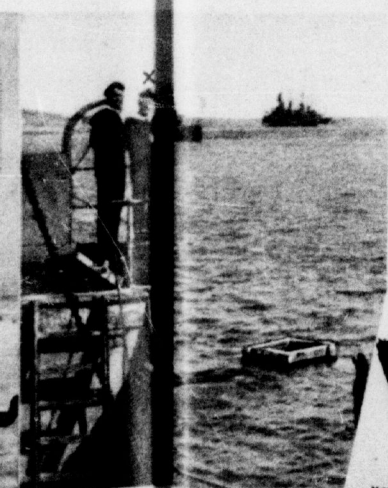
2.



3.



4.



Genosse Martens, der französischen Flotte, die vor Odessa lag, Intervention

DIE ANKLAGEN
IM PROZESS
GEGEN DIE
KONTERREVOLUTIONÄRE
„INDUSTRIEPARTEI“

Wir kämpfen an

Das Programm der „Industriepartei“
Verwirklichung der Forderungen
der Roten Armee
Der internationale Generalstreik erhält
Schlüsselrolle
Einnahme der Fabriken und
Der englische Generalstreik
Pöbel und Terroristen der Intervention
werden festgelegt!

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER

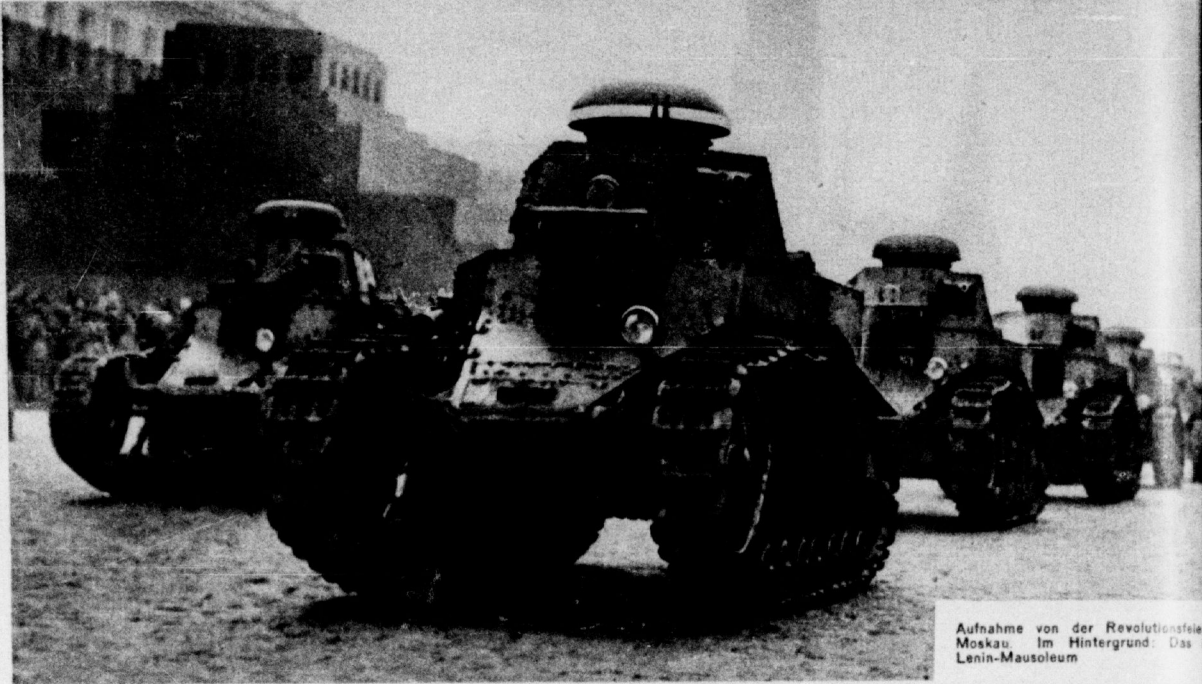
1. Entkollektivisierung der Bauern! Entschädigung der Gutsbesitzer mit Aktienpaketen der Sowjet-Güter
2. Rückgabe der Fabriken an ihre früheren Besitzer, Verwandlung der neuen Fabriken in privatkapitalistische Aktiengesellschaften!
3. Verpfändung der Erdölindustrie an ausländische Kapitalisten zur Erlangung von Anleihen!
4. Massenerschießung aller Kommunisten und selbstverständlich: „vollendete Demokratie..“

37

5



ROTE TANKS RATTERN ÜBER DEN ROTEN PLATZ



Aufnahme von der Revolutionsfeier in Moskau. Im Hintergrund: Das Lenin-Mausoleum

SO ARBEITET DIE ROTE ARMEE

Im Jahre 1927 wurden 31 756 ihrer Soldaten für die praktische Arbeit auf dem Dorfe ausgebildet. Im Jahre 1928 betrug die Zahl der von der Roten Armee für das Dorf ausgebildeten Funktionäre mehr als das Doppelte, etwa 67 998. Im laufenden Jahre 1930 hat die Rote Armee bereits 17 500 Leiter von Kollektivwirtschaften, etwa 50 000 Leiter einzelner Zweige der Landwirtschaft (Viehzucht, Feldbau, Gemüse- und Obstgärtnerei), über

25 000 Traktoristen und etwa 14 000 Bildungsarbeiter und Buchhalter ausgebildet. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Militärtruppen von 702 auf 838 gestiegen; die Zahl der verschiedenen Bildungszirkel in der Roten Armee von 7389 auf 10 167; die Zahl der Heime der Roten Armee von 62 auf 73. Zahl der Wandzeitungen der Roten Armee ist von 6628 im Vorjahre auf 8813 gestiegen. Schließlich hat die Zahl der aktiven Armee-Korrespondenten sich um 36 606 vermehrt.



Wolgadeutsche Bauernreformisten werden als Traktorenführer ausgebildet

38



V.M.B.

Verband der Metallarbeiter Berlins

Es ist die revolutionäre Gewerkschaft, die sich die Berliner Metallarbeiter geschaffen haben im Kampfe gegen die lohnräuberischen Industriellen und verräterischen sozialfaschistischen Bürokraten vom Schlage... & Co. Die Geschäftsstelle des V.M.B. befindet sich in Berlin... -ckenstraße 31



Wintersport in der Sowjetunion. Rechts: Das Abzeichen des Kampfbundes, das sich Berlin C 2, S...

ARBEITER-KALENDER

1931



unentbehrlich für jeden Arbeiter
enthält ausgezeichnetes Material
die Quelle des Wissens!
Halbhartdruck Preis 1,35 RM
In allen Kolporturen zu beziehen



OTEN PLATZ



V.M.B.

Verband der Metallarbeiter Berlins!

ist die revolutionäre Gewerkschaft, die sich die Berliner Metallarbeiter geschaffen haben im Kampfe gegen die lohnräuberischen Industriellen und verräterischen sozialfaschistischen Bürokraten vom Schlage ... & Co. Die Geschäftsstelle des V.M.B. befindet sich in Berlin, ...



„JEDEN TAG VIER ...“ Ein Bergarbeiterdrama gelangte in der Piscator-Bühne zur Aufführung. In Berlin ist die „Junge Volksbühne“ gegründet worden

Aufnahme von der Revolutionsfeier in Moskau. Im Hintergrund: Das Lenin-Mausoleum



Wintersport in der Sowjetunion. Die Wintersport-Saison hat begonnen ... Das Abzeichen des Kampfbundes gegen den Faschismus. Die Reichsleitung des Kampfbundes befindet sich Berlin C 2, Stralauer Straße 12



... 0 Bildungsarbeiter und Buchhalter ... der Militärtruppe von 792 auf 838 ... der Roten Armee ... von 62 auf 70 ... Armee ist von 9628 im Vorjahre ... Zahl der aktiven Armee Korrespondenten



ARBEITER-KALENDER 1931

unentbehrlich für jeden Arbeiter!

enthält ausgezeichnetes Material
die Quelle des Wissens!
Kunstdruck Preis **1,35 RM.**
in allen Kolporturen zu beziehen

SILBENRATSEL NR. 66

Aus den Silben:
a, a, a, bau, be, bel, bend, ber, burg, dau, de, e, e, e, ei, ei, ein, es, fi, gat, gens, gur, hol, hund, i, i, il, ke, ki, le, lent, li, ma, ma, mach, mer, mer, mier, mo, nar, nas, netz, ni, nou, now, re, ro, säch, sau, sche, se, sen, sisch, som, sonn, stow, ta, ti, ton, tu, wind, zis sind 23 Wörter zu bilden, deren Anfangs- und Endbuchstaben (letztere zuerst), von oben nach unten gelesen, einen Ausspruch von Karl Marx ergeben. ei ist einmal als 1 Buchstabe verwandt. Bei Wort Nr. 21 wird statt des letzten Buchstaben der vorletzte gelesen.

Die Wörter bedeuten: 1. Hunderasse. 2. Behälter. 3. Blume. 4. Schokoladenmasse. 5. Dialekt. 6. Vorbild (Mehrzahl). 7. Bewohner Grönlands. 8. französischer Karikaturenzeichner. 9. Berg in Südamerika. 10. Baum. 11. konterrevolutionärer Bandit. 12. Geigenbauer. 13. Jahreszeit. 14. Wochentag. 15. Gebrauchsgegenstand. 16. hessische Stadt. 17. Gefäß. 18. Stadt in Bayern. 19. Salatpflanze. 20. Stadt am Don. 21. moderne Bauart. 22. Lesebuch. 23. Begabung.

AUFLÖSUNG DES SILBENRATSELS NR. 65

1. Elbing. 2. Idee. 3. Naxos. 4. Eric. 5. Nebengeräusch. 6. Ekki. 7. Ulrich. 8. Erfurt. 9. Ehe. 10. Pfirsich. 11. Odessa. 12. Chauvinist. 13. Eigenlob. 14. Düne. 15. Enteignung. 16. Radio. 17. Wenden. 18. Eisen. 19. Legende. 20. Turkestan. — „Eine neue Epoche der Weltgeschichte hat begonnen.“ Lenin.

5

JAHREPLAN DER SOZIALDEMOKRATIE

Diese erste authentische Darstellung seiner Probleme aus der Feder eines der leitenden Mitarbeiter der Staatsplanwirtschaftskommission erschien soeben im Verlag für Literatur und Politik, Wien — Berlin SW 61, 290 Seiten — Zahlreiche Diagramme und Karten — Preis brosch. RM. 3.50 — Ganzleinen RM. 5.—

39



Das proletarische Buch — eine Waffe

„Ohne revolutionäre Theorie, keine revolutionäre Praxis!“ Dieser Ausspruch Lenins sollte jedem Werktätigen zu denken geben. Das proletarische Buch ist eine wichtige Waffe im Klassenkampf. Die Bourgeoisie versteht meisterhaft diese Waffe zu handhaben. Tausende Schundromane, deren Gesamtauflage in die Millionen geht, vergiften



Zwei Romane, die nicht nur der Unterhaltung dienen, sondern einen tiefen Einblick in die Arbeiterbewegung gewähren



Bücherei in einer Rotarmisten-Kaserne

die Hirne der Werktätigen. Unter der Maske „unpolitisch“ bringen bürgerlichen Verlage ihre Literatur auf den Büchermarkt. „Unpolitisch“ versucht die Bourgeoisie das Klassenbewußtsein der Massen zu zerschlagen und kleinbürgerliche Illusionen und Vorurteile zu nähren. Die Werktätigen müssen aus den Schriften Marx' und Lenins die Kräfte und Schwächen des Klassenfeindes erkennen lernen, um ihn an den wundbarsten Stellen treffen zu können.

Aber wie viele Arbeiter sind noch nicht ausgerüstet aus dem Arsenal der proletarischen Literatur. Sie alle sollen ausgerüstet werden dem Monat des proletarischen Buches, den die Partei und die Arbeiterverlage vom 22. November bis 22. Dezember durchführen. Wie der Soldat seine eiserne Ration im Sturmgewehr, muß jeder proletarische Klassenkämpfer Elementarbücher des Kommunismus besitzen. In den knappen Erholungsstunden soll der proletarische Roman, die revolutionäre Erzählung ihm neue Anregung und Spannkraft geben. Hunderttausende proletarische Bücher in die Arbeiterhäuser, unter die Arbeiterfrauen und Jungarbeiter zu tragen, das bedeutet hunderttausende neue Kämpfer wecken und schulen. In diesen Tagen hat das Zentralorgan der KPD, „Die Rote Fahne“, ihren 12. Jahrestag begangen. In diesen 12 Jahren war „Die Rote Fahne“ an insgesamt 900 Tagen verboten! Dutzende proletarische Bücher sind von den Staatsanwälten konfisziert worden! Die Bourgeoisie weiß den Wert unserer Literatur einzuschätzen. Das beweisen die Verfolgungen! Die Werktätigen werden daraus die Lehren ziehen: ins Arbeiterhaus gehört die proletarische Literatur!

Links: MUNITION! Ein Bild aus dem russischen Bürgerkrieg. Zeitungen gehen an die Front



Das erste Kriegsbuch eines Arbeiters. Scharrer schildert das Schicksal der Millionen Proletarier im Weltkrieg. Proletarisches Klassendasein und Klassenbewußtsein haben mitgeschrieben an diesem Werk, für das sich die Arbeiterschaft im Interesse ihrer Klasse genau so einsetzen muß, wie sich das Bürgertum für seine Kriegsbücher eingesetzt hat. 384 Seiten. Agis-Verlag, Wien-Berlin. In Leinen 5,— RM., kart. 3,50 RM.



ADAM SCHARRER



?

hat die kapitalistische Klassenjustiz auf dem Arbeitsgericht sehr oft leichtes Spiel?

WARUM?

WEIL?

so mancher Genosse sich in dem Paragrafenstrüpp nicht auskennt. Erschwert den Klägern ihre Arbeit für die Unternehmer. Bei Euch umgehend:

„Das Arbeitsrecht in der Praxis“

Herausgegeben vom Reichskomitee der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands, 144 Seiten. — Internationales Arbeiter-Verlag, Berlin. In biegsamem Leinenband 2,— RM.

Knapp 200 Metallarbeiter Kollegen des D... tag im „Volksparl“... tion alle übrigen B... find, war bei dieser...
 Metallarbeiter gebe... Köhler, Dreih...
 er war übrigens selb... die Brandherden vo... irangnsbreite in der Be... terkollegen, die noch e... find vollends enttä... ge erklärte wörtlich:
 enn wir jetzt nicht de... uns genau so wie de...
 Sozialdemokratische K... Von dem größten... sie geteilt Es sprach... Keine Kollegen der R... en Anträge ein zur... en sie die Einberufun... luma. Alles das stö... hätelos gingen sie über... parteiloser Kollege tief...
 enn baselbe bei uns r... dann ist l...
 Versammlung ging au... Kein Gedanke an... haben eine Mitgabedev... reisen können, daß sie... na: Stellung zur Lohn...
 Metallarbeiter! Ihr mü... in Kellerkatzenreie... entwurf der KPD! St... Wählt vorbereitende... zu der am 21. Febru... konferenz nach Halle.
Tonproleten,
 Wollt Ihr r...
 In den Domnighä... Arbeitern der Lohn um... kurren durch die Arbe... den Kampf aufzunehm... ekt wurde nur vier To... von 3 Pf. pro Stunde!
 weitskollegen, seid Ihr e... kraft so teuer als mi... wenn Ihr Euch noch... eine gesicherte Existenz?... lossenheit führt zum S... Zeit in die Erwerbslos... Ihr noch mehr den Hu... Abzüge Euch gefallen l...
 er in diesem Betrieb n... en, sondern auch in der... 1 Pf. pro Stunde den... war von den Werksber... it, wie man am besten... es ist ihm wirklich gel... noch mehr zu beschneide... m: So lange der Werksf... nem Gewerkschaftsbun... kommen wäre, dann wär... auch noch schlimmer.
 eiter der Domnighä... ek die Opposition im J... um eine bessere Leben... leiglichkeit gemacht? Die... würdigen lassen. Dafü... den Lohn in Form... Euch nicht aufraffen und... austreten, die mit h... mit der KPD. Erst dan... terchaft gekniffen werb... richten des Proletariats... Deutschland!